

ZIONISTENKONGRESS Was steht hinter der Kritik?	10
KUBA Die ökologische Alternative	11
DIGITALE KRIEGSFÜHRUNG Tech-Unternehmen an der Front	12
BITCOIN Das Geld für die virtuelle Zukunft?	14



ROJAVA

Zehn Jahre, die die Welt erschütterten

Während bis zu seiner Niederschlagung der Islamische Staat (IS) der Hauptfeind Rojawas war, ist es heute die Türkei.

(rabs/gpw/raw) In Rojava, in Nordostsyrien, wird seit nunmehr zehn Jahren der «demokratische Konföderalismus» umgesetzt. Er basiert auf der Befreiung der Frauen, dem demokratischen Zusammenleben der verschiedenen Völker und Religionen und einem ökologischen Bewusstsein. Auch wenn der Prozess nicht ohne Widersprüche und Widerstände läuft, haben die fortschrittlichen Kräfte in der Region grosse Erfolge und Veränderungen erzielt. So sind beispielsweise seit zwei Jahren auch die Armenier_innen, die lange eher abseits standen, zivil und militärisch eigenständig organisiert.

Weiterhin ist aber die Rojava-Revolution bedroht. Während zwischen 2014 und 2017 der sogenannte Islamische Staat (IS) der Hauptfeind war, ist es heute der türkische Staat. Der IS überrollte die Region ab 2014 und besetzte auch grosse Gebiete Rojawas, bis er in Kobanê 2015 zum ersten Mal geschlagen und in der Folge bis 2017 immer weiter zurückgedrängt wurde. Auch wenn gerade zu Beginn der Anti-IS-Offensive die kurdischen Kräfte,

insbesondere die YPG und YPJ, die entscheidende Rolle bei der Befreiung der Region von den faschistischen Islamisten spielte, darf die Rolle der anderen Völker der Region, insbesondere der Araber_innen, nicht kleingeredet werden. Letztere spielten bei der Befreiung von Minbic und den südlichen Gebieten der Autonomen Gebiete Nord-Ost-Syriens, die vor allem von Araber_innen bewohnt sind, eine wichtige Rolle.

Hauptfeind Türkei

Seit der Zerschlagung des IS und vor allem seit der Invasion der türkischen Armee in Afrin 2018 kommen die Angriffe gegen Rojava aus der Türkei. Dass sich diese so stark gegen das fortschrittliche Projekt engagiert, hat verschiedene Gründe. Der Widerspruch zeigt sich hauptsächlich im Weltbild zwischen dem türkischen Nationalismus, der seit hundert Jahren versucht, im türkischen Staat eine homogene türkische, Türkisch sprechende sunnitische Gesellschaft zu etablieren und dabei auf den Widerstand anderer Völker (Kurd_innen, Armenier_innen, Assyrer_innen etc.) und Religionen resp. Konfessionen (Christ_innen, Jesid_innen, Alevit_innen etc.) stösst. Die-

se Idee eines homogenen türkischen Staats ist schon in der Gründung der Türkei angelegt und äusserte sich am krassen in den Genoziden gegen die Armenier_innen und anderer christlichen Völker und gegen die Kurd_innen. Sie ist die Grundlage, auf der Mustafa Kemal «Atatürk» die Türkei aufbaute und wird nicht nur von den aktuellen Regierungsparteien AKP und MHP vertreten, sondern auch durch die meisten Oppositionsparteien, insbesondere der CHP.

Kombiniert mit dem Willen, den eigenen Einfluss in der Region zu vergrössern resp. auch die aktuellen Staatsgrenzen zu verschieben, kann diese dominante Strömung der türkischen Politik ein Projekt wie Rojava, das sich genau gegen diesen Nationalismus stellt, nicht dulden. Wenn Rojava zeigt, dass es möglich ist, dass verschiedene Völker friedlich zusammen leben, untergräbt das die Propaganda, die eine Notwendigkeit eines homogenen Staatsgebiets vertritt. Auf der anderen Seite kann auch ein «Kurdenstaat» nicht akzeptiert werden (ausser er betätigt sich als Handlanger wie die Autonome Region Kurdistan im Nordirak), sogar wenn er auch einen Anspruch auf Ho-

Fortsetzung auf Seite 7

Inhalt

- 3 Taiwan: Spiel mit dem Feuer
- 4 Hohe Preise und steigende Profite
- 5 Kleisterprozess: Der Abschreckung die Solidarität entgegensetzen
- 6 Rojava: Was nun?
- 8 Frauenstreik: Die Welle trägt uns weiter...
- 9 Ein Jahr OAT Zürich
- 10 Warum muss man von links gegen Zionismus sein?
- 11 «Ich denke, es braucht weltweit eine agrarökologische, antiglobalistische Revolution.»
- 12 Krieg: Tech-Unternehmen verdienen mit
- 13 «Bleibt optimistisch! Zieht nicht aus!»
- 14 Bitcoin: Eine Einordnung
- 16 Proletarischer Alltag im Hochformat

POLITISCHE GEFANGENE



Solidarität mit den Antifaschisten Jo & Dy

Das Revisionsgesuch gegen die Verurteilung von Jo und Dy wurde vor wenigen Wochen abgelehnt. Dadurch wurde das Urteil mit Haftstrafen von 4.5 und 5.5 Jahren rechtskräftig. Jo musste seine Haftstrafe bereits antreten und Dy wurde nach fast 2 Jahren in Untersuchungshaft in den Strafvollzug überführt.

Jo und Dy wird vorgeworfen im Rahmen einer «Querdenker» Demo eine Besammlung der faschistischen Scheingewerkschaft «Zentrum Automobil» angegriffen zu haben. Dabei wurden einige Faschos verletzt. Faschist_innen versuchen überall auf der Welt Massenmobilisierungen zu unterwandern, so auch in Stuttgart während den Protesten gegen die Corona-Massnahmen. Teil dieser Bewegung waren auch Mitglieder des «Zentrum Automobil». Dies ist eine Scheingewerkschaft, welcher in den Daimler-Werken aktiv ist und als betrieblicher Arm des faschistischen Flügels der AfD dient. Diverse Verbindungen zu anderen faschistischen Gruppen wie Blood & Honour konnten nachgewiesen werden. Gegen diese faschistische Bewegung gab und gibt es einen vielfältigen Widerstand, sei es durch Aufklärungsarbeit, Gegenproteste, Blockaden oder eben auch militante Angriffe.

Zum Haftantritt am 22. August in die JVA Ravensberg wurde Jo von einer Spontandemo und mit viel Feuerwerk begrüsst. Wie wir die beiden nun am besten unterstützen können, hat Jo in einem früheren Grusswort zu den G20-Prozessen gleich selbst geschrieben:

«Gegen ihre Repression hilft nur unsere stärkste Waffe: die Solidarität. Aus eigener Erfahrung als Häftling in der JVA Stammheim weiss ich, dass es kein besseres Gefühl gibt, als die uneingeschränkte Solidarität seiner GenossInnen zu erfahren. Sie ist das, was einen selbst in schwersten Zeiten weitermachen lässt. Ohne sie sind wir nichts. Deswegen: organisiert euch in der Roten Hilfe und handelt euren GenossInnen gegenüber stets solidarisch. Wenn wir zusammenstehen, kriegt uns kein Staatsanwalt und kein Gefängnis klein.»

Für aktuelle Infos, Spenden und die Adresse um Briefe an die beiden zu schicken: www.freiheit-fuer-jo.org



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Justice 4 Nzoy. Demo am 3. September in Zürich

Editorial

(red) Die aktuellen Krisen, vom Krieg in der Ukraine, Engpässen bei Lieferketten bis zum angekündigten Energienotstand, sind allgegenwärtig. Medien und Politik rufen eindringlich auf, weniger zu heizen und solidarisch mit den «guten» Geflüchteten aus der Ukraine zu sein – während die Preise international steigen und insbesondere die Proletarier_innen in Bedrängnis bringt. Über die Auswirkungen dieser Entwicklungen schreiben wir auf Seite 4 ausführlich. Teurere Rohstoffe können sich nur die reichen Länder leisten, was die Situation in ärmeren Ländern der Welt verschärft. Dort sind die materiellen Folgen der Krise existenziell. Die Menschen verarmen, Nahrung und Energie werden, nicht zuletzt wegen Spekulationen an der Börse, unerschwinglich. Die Regeln des kapitalistischen Weltmarkts verschärfen so die weltweite Ungleichheit und damit die Lebenssituation der grossen Mehrheit der Menschen weiter.

Es zeigt sich wieder einmal eindrücklich, dass die herrschende Klasse keine akzeptablen Antworten auf die aktuellen Krisen findet, die sie selber zu verantworten hat. In einigen Ländern, die besonders hart von der Krise getroffen werden, führt dies bereits zu teils heftigen Protesten, so beispielsweise in Südafrika oder in Sri Lanka. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Antworten von unten in den kommenden Monaten oder Jahren entwickeln werden. Für uns ist klar, wir dürfen diese Bewegungen nicht den Rechten überlassen: Tragen wir unsere eigene Kritik – und damit unsere Antworten – auf diese offensichtlichen Widersprüche auf die Strasse.

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

KRIEG

Taiwan: Spiel mit dem Feuer

Vor China wird durch Besuche hochrangiger US-Politiker_innen und andere Manöver der Konflikt um die Insel Taiwan befeuert. Langfristig geht es um die Kontrolle des Indopazifiks, mittelfristig bedeutet das das Potential eines weiteren Kriegs.

(gpw) Seit über einem halben Jahr tobt der Krieg in der Ukraine. Der russische Präsident Putin und seine Armeeführung haben die seit Jahren durch Grossbritannien und die USA hochgerüstete ukrainische Armee und deren Rückhalt in der Bevölkerung sowie ihre eigenen Kräfte falsch eingeschätzt. Umgekehrt hat der US-Imperialismus nur auf die Gelegenheit gewartet, seine Interessen in der Ukraine durchzusetzen. Dazu gehört das Kleinhalten und Kleinmachen der russischen Grossmacht durch eine Bindung und Vernichtung seiner Kräfte durch diesen Krieg. Deshalb sind die USA und die NATO-Staaten mit ihren massiven Waffenlieferungen de facto zur Kriegspartei geworden, die vor einer atomaren Auseinandersetzung nicht zurückschrecken. Die Eskalationsspirale kennt gegenwärtig nur eine Richtung. Deeskalationsversuche jeder Art werden durchs Band als inakzeptables Einknicken gewertet, was den Agenden der Herrschenden nützt und in erster Linie auf dem Buckel der unteren Klassen ausgetragen wird.

Diese kriegsrische Dynamik nutzen die aussenpolitischen Falken der US-Demokraten, um den von der vormaligen Aussenministerin Hillary Clinton eingeschlagenen aggressiven Kurs gegen die VR China zu verschärfen, der das «indopazifische Jahrhundert» des US-Imperialismus einläuten soll. Ungeachtet aller Warnungen von Seiten Chinas und der mahnenden Worte von Teilen des US-Militärs, machte die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Pelosi auf ihrer Reise durch die Region Halt in Taiwan. Die angekündigte Reaktion darauf in Form von grossen Militärmanövern der VR China blieb nicht aus.

Diese Manöver sollen nun wiederum als Begründung für weitergehende Parteinahmen für die Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans herhalten. Dabei dominiert in der Diskussion dieser Vorgänge eine eigentümlich ahistorische Betrachtung der Situation, welche weder die Gegenwart als Produkt der Geschichte zu begreifen versucht noch die in der Gegenwart wirkenden Kräfte auf ihre Interessen hin untersucht, sondern lediglich Sachverhalte ohne Vorgeschichte beschreibt, die Sachzwänge ohne Alternativen entwickeln. Eingebettet wird all das im Kampf um die Köpfe in eine Auseinandersetzung zwischen «Demokratie» und «Diktatur», wobei das Wesen der bürgerlichen Demokratie als Diktatur des Kapitals wie auch einige andere wesentliche Sachverhalte geflissentlich verschwiegen werden.

Historische Einheitsfronten

Die Geschichte Taiwans ist geprägt vom Ende des chinesischen Kaiserreichs zu Beginn des 20. Jahrhunderts und dem Konstituierungsprozess der Republik China ab 1912, der von einem langen und harten Bürgerkrieg zwischen den Kuomintang, in der sich auch nationalistische Kräfte sammelten, und den aufständischen Volksmassen unter der Führung der Kommunist_innen mit Mao ge-



Terror von Shanghai (1927): Kräfte der Kuomintang massakrieren Kommunist_innen.

prägt ist. Zweimal wird eine nationale Einheitsfront gebildet, in Zuge derer die Kräfte gegen den japanischen Imperialismus als Kolonialmacht gebündelt werden. Ein erstes Mal scheitert diese Front 1927 an ihren inneren Widersprüchen. Nationalist_innen der Kuomintang massakrieren in Shanghai Kommunist_innen und die Einheitsfront zerbricht. Das zweite Mal endet sie 1945 nach dem Abwurf der US-Atombomben über Japan und der Kapitulation des japanischen Kaiserreichs, womit der äussere Feind nicht mehr gegeben ist und die Lage im Inland zum Hauptwiderspruch wird. Es setzt sich im wiederaufflammenden Bürgerkrieg die Kommunistische Partei Chinas durch, die Volksrepublik China wird 1949 ausgerufen und die Kuomintang - mittlerweile überwiegend reduziert auf rechte Kräfte - ziehen sich als Vertretung der Republik China auf die Insel Taiwan zurück, wo sie in den folgenden Jahrzehnten als US-gestützter Vorposten des Anti-Kommunismus wirken.

Trotz antagonistischer Widersprüche sonst eint KP wie Kuomintang die Haltung, dass die Insel grundsätzlich Teil Chinas ist. Deshalb wurde beispielhaft die Verwendung der Bezeichnung «Chinesisch Taipeh» bei Olympischen Spielen über lange Zeit von beiden Seiten akzeptiert. Eine Haltung, die von der gegenwärtigen Regierungspartei Demokratische Fortschrittspartei (DFP) in Taiwan dezidiert nicht geteilt wird. Diese wirkt perspektivisch auf eine Eigenstaatlichkeit Taiwans (faktisch eine Sezession von China) hin. Ein nationalistischer Spaltpilz, der sich an der Seite von Japan und Südkorea bestens als lokaler Partner beim Versuch eignet, Chinas maritime Handlungsmacht vor dem Festland innerhalb der davorliegenden ersten Inselkette einzuschränken, um somit die Kontrolle über

den Indopazifik als strategisches Ziel westlicher imperialistischer Mächte zu sichern. Unter US-Führung trachten die vormaligen Kolonialherren Grossbritanniens und Deutschlands danach, Verhältnisse wie vor der Volksrepublik wiederherzustellen. Es kommt nicht von ungefähr, dass China dies als heikles Spiel mit dem Feuer wertet.

Neutralität & NATO

Die Kriegsdynamiken machen vor Landesgrenzen nicht halt. Die Armee lässt den stv. Chef des militärischen Nachrichtendienstes auf Youtube die Folgen des Kriegs in der Ukraine für die Schweiz durchdeklinieren, während seine Chefin den Kauf der F35-Jets forciert. Zeitgleich lancieren die Blochers eine Initiative, die ihnen das freie Geschäften mit allen erlauben soll, während Cassis gegenteiliges mit seiner «kooperativen Neutralität» vorhat, die eine weitergehende Anbindung an den Westen ermöglichen soll. Das Bürgertum setzt dabei auf die Vergesslichkeit seiner Untertan_innen, denn weder ist die Debatte so neu noch die Schweiz so neutral. 2015 beteiligte sie sich mit einer Luftwaffen-Delegation an der NATO-Übung «Arctic Challenge» zwecks Arktis-Verteidigung gegen Russland unter Vorwand einer Flugverbotszone. Damals auch als «neutrale» Staaten dabei: Schweden und Finnland, die Neumitglieder der NATO-Runde (siehe aufbau 82).

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Angriff gegen die SERV – es lebe Rojava, es lebe der Widerstand der PKK!

Zum 15. August haben wir die gläserne Eingangstüre der Schweizerischen Exportrisiko Versicherung gesprengt. Hoch lebe die internationale Solidarität - nieder mit dem türkischen Faschismus und seinen Kreditgebern.

Viele Kräfte treiben die Revolution in Rojava voran und verteidigen sie. Eine davon feiert heute: 38 Jahre seit der ersten bewaffneten Aktion der PKK, das sind 38 Jahre Kampf für Freiheit, Leben und Emanzipation. Ebenso gibt es viele Kräfte, die die Revolution in Rojava bekämpfen. Eine davon ist die Schweizerische Export Versicherung, welche wir heute Nacht in Zürich angegriffen haben. Die SERV ist eine zentrale Scharnierstelle in der Unterstützung des türkischen Faschismus durch das schweizerische Kapital. Sie ist damit ein massgebliches Ziel in unserem internationalistischen Kampf zur Verteidigung des revolutionären Projekts in Rojava. (...) Doch was macht die SERV? Und was hat sie mit Kurdistan zu tun? Der Kapitalismus und seine Apologet:innen gefallen sich sehr in ihrem Geschwa-

fel vom Wettbewerb zwischen freien Konkurrent:innen, die sich auf dem freien Markt begegnen – survival of the fittest! Was natürlich Schwachsinn ist. Unter anderem verschweigt diese Darstellung, dass Kapitalist:innen trotz Wettbewerb durchaus gemeinsame Interessen haben. Sie koordinieren und organisieren sich entsprechend, um diese durchzusetzen – gegenüber uns Arbeitenden wie gegenüber Kapitalen aus anderen Regionen. Eine massgebliche Institution dazu ist der bürgerliche Staat. Und als ein Instrument unter vielen ist dieser Staat mit einer Versicherung ausgestattet, die das Risiko beim Kapitalexpert trägt – eine staatliche Exportrisiko Versicherung. Diese soll dort eingreifen, wo die individuellen Interessen der Banken als Kreditgeber dem kollektiven Interesse der Bourgeoisie als Kreditnehmer bei riskanten Investitionen widersprechen. (...) Obwohl die Region konstanten existenziellen Bedrohungen ausgesetzt ist, schafft es die von der PKK angeführte Bewegung seit 10 Jahren, die revolutionäre Alternative immer weiter zu konkretisieren. Den revolutionären Prozess auch im offenen Krieg weiter voranzutreiben basiert auch darauf, in erster Linie auf die eigene Stärke zu vertrauen. Darauf, dass es am Ende die Kraft des Volkes selbst sein muss und sein wird, die die türkische Armee schlagen wird. In diesen 38 Jah-

ren des bewaffneten Kampfes hat sich die PKK eine Methode erkämpft, die dieses Vertrauen in die eigene Stärke in einen Motor zu übersetzen weiss. Eine Methode, die die militärische Verteidigung und den gesellschaftlichen Prozess in eine Verhältnis setzt, in eine Einheit, in der das eine und das andere eng verzahnt sind. Diese Methode wurde nicht am Schreibtisch entwickelt. Sie wurde in blutigen Kämpfen entwickelt und mit unermesslichen Opfern bezahlt. Wir widmen diese Aktion den tausenden Freund:innen und Genoss:innen, die gefallen sind. Shahid namirin – die Gefallenen sterben nicht. Sie sind Teil des Fundaments, auf dem das revolutionäre Projekt Rojava steht und trotz allen Angriffen weiter stehen wird. Es ist im gemeinsamen Interesse aller antikapitalistischen Kräfte, dieses Projekt tatkräftig zu verteidigen und den Faden internationaler Solidarität fortzuführen, so dass dieses Exempel alternativer Möglichkeiten weiter wirken kann – als Rückzugsort wie Ausgangspunkt revolutionärer Prozesse weltweit.

Gefunden auf: <https://barrikade.info/article/5344> (dort zu lesen in voller Länge)

LEBENSKOSTEN

Hohe Preise und steigende Profite

Das Leben wird teuer. In vielen Ländern steigen die Lebenshaltungskosten mittlerweile im zweistelligen Bereich. Was steckt hinter den gestiegenen Kosten und wie kämpfen wir dagegen an?

(az) Im Juni 2022 ging ein etwas kurioses Video um die Welt. In einem japanischen Aquarium verweigerten die Pinguine das ihnen zugeführte Essen. Die eitle Tiere wollten sich nicht mit den billigen Makrelen zufrieden geben, die der Zoo neuerdings verfütterte. Hinter dem neuen Ernährungsplan steckte keine Tierquälerei, sondern ein mittlerweile allzu bekanntes Problem: Die Preise für die bisher verfütterten Fische stiegen innert kurzer Zeit um bis zu 30%, sodass der Zoo keine andere Wahl sah, als auf günstigere Nahrung umzustellen. Allerdings ist die Geschichte des tierischen Streiks nicht ganz so schön, wie sie sein könnte: Besonders durchsetzungsstark waren die Pinguine nämlich nicht. Sie liessen sich täuschen und essen mittlerweile das billigere Essen. Doch warum wird Nahrung überhaupt teurer?

Energiekosten und andere Preistreiber

Der offensichtlichste Grund für die gestiegenen Preise liegt in den hohen Energiepreisen, die sowohl in Form von Strom- und Heizkosten weitergegeben als auch auf Konsumgüter übertragen werden. Entsprechend erklärt sich auch ein Teil der im europäischen Vergleich tieferen Teuerung in der Schweiz, die auf einen stärkeren ‚Energimix‘ als etwa Deutschland setzt. Eine andere Ursache liegt in der Stärke des Frankens, die die ‚importierte‘ Inflation abschwächt. Doch der Befund, dass die Energiepreise steigen, sagt letztlich noch wenig über die politischen und strukturellen Ursachen der Teuerung aus. Denn prinzipiell liessen sich Preise trotz hoher Energiepreise auch tief halten, sei es durch eingesparte Gewinne, durch staatliche Förderung oder durch einen anderen Umgang mit den Gas-Förderländern wie Russland. Dass die Energieunternehmen zurzeit Rekordgewinne einfahren, lässt zudem erahnen, dass nicht einfach ein allgemeiner Preisanstieg an die Konsument_innen weitergegeben wird, sondern dass man in den hohen Preisen auch eine Möglichkeit eines Zuwachses an Profit sieht.

Auch über die Ursachen der gestiegenen Energiekosten hinaus herrscht Uneinigkeit darüber, was die wesentlichen Treiber der Inflation sind. Zu den Energiekosten hinzu kommen die steigenden Gesundheitskosten, für die wiederum ganz unterschiedliche Gründe genannt werden, oder die anhaltenden Probleme der Lieferketten, die Transporte teurer machen. Andere verweisen primär auf die Geldpolitik der Zentralbanken, deren tiefe Zinsen inflationssteigernd wirken, was solange funktionierte, wie man das Geld auch profitabel an den Finanzmärkten anlegen konnte. Der Blick auf die Geldpolitik ist wichtig, zeigt sich darin doch gerade die systematische Unlösbarkeit der gängigen Probleme. Allerdings steckt hinter dem Verweis auf die Zinspolitik in einigen Fällen auch eine ganz andere Agenda: So wird die Bedeutung der Zentralbanken auch von bürgerlichen Kommentator_innen stark gemacht, die nicht nur eine striktere Geldpolitik, sondern auch einen schlankeren Staat und mehr deregulierten Markt fordern.

Lohn-Preis- oder Gewinn-Preis-Spirale?

Das ‚klassische‘ ökonomische Argument für die Inflation findet sich im Stichwort ‚Lohn-Preis-Spirale‘. Darunter versteht man die Vorstellung, dass erhöhte Löhne zu einem erhöhten Preisniveau führen, was wiederum zu erhöhten Lohnforderungen usw. führt. Allerdings gehen selbst bürgerliche Kommentare davon aus, dass die Lohn-Preis-Spirale heute kein wesentlicher Faktor der Inflation ist. Vielmehr dient diese als Legitimation eines Klassenkampfes von oben: Unter dem Argument, dass hohe Löhne schlecht seien, soll man am liebsten freiwillig darauf verzichten. So titelte beispielsweise die NZZ im Juni, dass «die hohen Lohnforderungen der Schweizer Gewerkschaften das Problem der Inflation verschärfen». Die Realität sieht längst anders aus. Die EU rechnet für 2022 mit einem durchschnittlichen Reallohnverlust von 2,9%, und auch in der Schweiz wird sich ein Reallohnverlust einstellen, wobei die Branchenunterschiede gross sind.

Vielleicht liegt die Ursache der Inflation auch nicht bei den Löhnen, sondern im Profit beziehungsweise in einer «Gewinn-Preis-Spirale». So hat beispielsweise das amerikanische Economic Policy Institut eine Studie darüber veröffentlicht, dass die Hälfte des jüngsten Preisanstieges auf ausgeweitete Profite zurückzuführen ist, die in den Corona-Jahren nach dem anfänglichen Schock im Rekordtempo wuchsen. Wieso allerdings führen höhere Profite zu höheren Preisen? Das beste Beispiel hierfür findet sich in den bereits genannten Gewinnen der Energieunternehmen.



Proteste in England gegen die steigenden Energiekosten.

Diese nutzen die gestiegenen Preise, um ihre Gewinnmargen auszuweiten. Vergleichbares lässt sich auch über die Nahrungsmittelpreise sagen. Die vier weltweit grössten Getreidehändler erwirtschafteten beispielsweise im letzten Jahr Rekordgewinne, was auch auf grössere Gewinnmargen durch höhere Preise rückschliessen lässt.

Theoretisch verallgemeinern lässt sich jedoch auch eine «Gewinn-Preis-Spirale» nicht, insofern sich die Preishöhe nicht willkürlich durch das Kapital festsetzen lässt, andernfalls dies zuvor schon längst hundertfach geschehen wäre. Allerdings deutet die letzte genannte Theorie in ihrem Blick auf den Profitzwang des Kapitalismus zugleich in eine wertvolle Richtung, ist die konkrete Teuerung doch nicht ausserhalb der kapitalistischen Akkumulationszyklen zu verstehen, deren Preisgestaltungsmechanismen zu besprechen allerdings an anderer Stelle geschehen muss.

Globale Konkurrenz

Schliesslich liefert auch der Finanzmarkt mögliche Gründe für die Preissteigerungen. An den Börsen lässt sich mit zukünftigen Preisen handeln und spekulieren, was wiederum in der Vergangenheit zu Preisanstiegen führte, die losgelöst realer Verfügungsmengen funktionierten. Was damit gemeint ist, zeigt sich in den zu Beginn des Ukraine-Krieges gestiegenen Nahrungsmittelkosten, die vielmehr eine Wette auf eine künftige Weizenknappheit denn das Resultat einer realen Weizenknappheit waren – wobei der Umkehrschluss, dass die «reguläre» Preisgestaltung im Kapitalismus «gerechter» wäre, der falsche Schluss daraus wäre.

Vergleichbar fatal geht es auf dem Energiemarkt zu und her. Hier bestimmen die hohen Gaspreise beziehungsweise die Wetten darauf den gesamten Energiepreis, unabhängig davon, dass andere Rohstoffe für die Energiegewinnung nicht knapper wurden. Ergebnis hiervon sind unter anderem die stark schwankenden Öl- und Gaspreise am Spotmarkt, das heisst jenem Markt, an dem kurzfristig Energiegüter eingekauft werden. Darin verweist der «Inflationstreiber» Börse auf ein Problem, das in der gegenwärtigen Diskussion oft zu kurz kommt. Um mit der drohenden Energieknappheit umzugehen, werden die finanzkräftigen Länder auf dem Spotmarkt für Flüssiggas aktiv. Die Sicherung der eigenen Versorgung sorgt allerdings für eine umso prekärere Lage in finanzschwächeren Ländern. Pakistan und Bangladesch beklagten beispielsweise im Juli, dass sie auf dem Spotmarkt aufgrund der europäischen Einkäufe kein Gas mehr beziehen konnten, was kurzfristig zu Strom- und damit zu Produktionsausfällen führte und was mittelfristig die Schuldenkrise dieser Länder drastisch verschärfen wird.

Staatlicher Umgang mit der Krise

Der aktive Handel mit Energieträgern ist nur eine der verschiedenen staatlichen Strategien, die zur Senkung der Kosten und zur Befriedung des sozialen Zusammenhalts umgesetzt werden. Erstens kommt es auch zu finanzpolitischen Massnahmen. So haben beispielsweise verschiedene Zentralbanken damit begonnen die Leitzinsen zu erhöhen. Wobei es auch hier zu unterschiedlichen Strategien kommt: Während man sich unter Führung der USA fast überall auf einen Anstieg der Zinsen geeinigt hat, geht beispielsweise die Türkei trotz einer Inflation von mittlerweile gut 80% einen gegenteiligen Weg. Auf Drängen Erdogans hat die türkische Zentralbank die Zinsen gesenkt, weil man sich dadurch einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung beziehungsweise die Schaffung neuer Arbeitsplätze erhofft. Zweitens versucht man die Lebenshaltungskosten durch verschiedene Massnahmen zu senken. Man sucht beispielsweise nach neuen Energielieferanten oder -trägern. Dass heute wieder aktiv über Atomstrom debattiert wird, ist Ergebnis hiervon. In eine andere Richtung gehen die Entlastungspakete. Das 9-Euro-Ticket in Deutschland war diesbezüglich vermutlich das bekannteste Beispiel einer Massnahme zur Senkung der alltäglichen Reproduktionskosten.

Dem hinzu kommen schliesslich neue Steuern, wobei auch hier ganz unterschiedliche Wege eingeschlagen wer-

den. Einige Länder wie Italien oder Spanien setzen etwa auf eine ‚Übergewinnsteuer‘ für Energieunternehmen. Das heisst, dass auf jene Gewinne, die im Vergleich zum Vorjahr zu hoch erscheinen, eine zusätzliche Steuer anfällt. Deutschland hingegen will den Preisen mit einer ‚Gasumlage‘ beikommen, eine Steuer, die im Gegensatz zu den Unternehmen all jene zahlen müssen, die mit Gas heizen oder damit Waren produzieren – womit wiederum Kosten vergesellschaftet werden, statt sie auf die Unternehmen abzuwälzen.

Widersprüche der Macht...

Sowohl die verschiedenen Massnahmen als auch die unterschiedlichen Interpretationen über die Ursachen der Inflation zeigen, dass bei den Herrschenden keine Einigkeit darüber herrscht, wie man mit der Situation umgehen will. Das ist auch Symptom dessen, dass sich die Widersprüche nicht lösen lassen. Wie Arbeitslosigkeit und Verelendung zum Kapitalismus dazugehören, ist auch die Entwertung der eigenen Kaufkraft ein seit jeher bekanntes Phänomen – und mit ihm all die verschiedenen Krisenmechanismen wie auch Kämpfe um Löhne und die Definition der «Reproduktionskosten» der menschlichen Arbeitskraft.

Zu dieser allgemeinen Lage hinzu kommen allerdings konkrete Uneinigkeiten, beispielsweise bezüglich der geopolitischen Lage. Hier gibt es bei verschiedenen europäischen und amerikanischen Kapitalvertreter_innen unterschiedliche Meinungen darüber, ob man eine weitere Eskalation wünscht oder es zu einer Entspannung zugunsten einer Entschärfung der (Energie-)Krise kommen soll. Das zentrale Beispiel hierfür findet sich im Umgang mit Taiwan beziehungsweise in der Frage, inwiefern sich ein weiterer Konflikt mit globaler Auswirkung lohnt, wobei gerade die High-Tech-Industrie davor warnt, neue Lieferengpässe zu riskieren.

Auch gibt es ganz unterschiedliche Einschätzungen über die drängendsten Probleme. Für Verbände wie Economiesuisse bildet die «sichere Energieversorgung» aktuell das wichtigere politische Feld als die Inflation. Das mag einen einfachen Grund haben. Dem Kapital ist eine Rezession zwar nur selten dienlich, allerdings gibt es durchaus Vorteile einer kollektiven Verarmung durch gestiegene Lebenshaltungskosten und temporär sinkender Kaufkraft. Zumindest war eine hohe Arbeitslosigkeit beziehungsweise eine wachsende «industrielle Reservearmee», so Marx, für das Kapital stets eine der am besten funktionierenden Methoden zur Bekämpfung von gewerkschaftlichen Lohnforderungen.

und Klassenkämpfe von unten

Dass sich das Kapital vor den Löhnen fürchtet, ist Ausdruck der ‚guten‘ Seite der gegenwärtigen Lage: Steigende Preise fördern historisch aktivere Lohnforderungen, die nur über eine organisierte Handlungsmacht zu erreichen sind. Dass sich diese historische Tendenz auch in dieser neuen Phase bestätigt, zeigt sich in Ansätzen in dem sich bereits heute in Ländern wie Grossbritannien abzeichnenden Erstarken der Betriebskämpfe und gewerkschaftlichen Bewegung. Auch darüber hinaus führt die Krise zu Bewegungen, beispielsweise in den Klassenkämpfen der von der Schuldenlast besonders betroffenen Ländern wie etwa Sri Lanka.

Anders als in der Vereinzelung der Corona-Krise sind in der Inflationskrise kollektive Momente möglich wie auch Siege – auch dank der spezifischen historischen Lage, die in vielen Branchen mit einem ‚Fachkräftemangel‘ einhergeht. Für eine revolutionäre Bewegung, die Teil einer solchen Mobilisierungskraft sein will, braucht es dazu sowohl Offenheit als auch Abgrenzung: Eine Offenheit dafür, sich in die Kämpfe zu begeben, auch wenn man dafür das gewohnte Milieu und seine bekannten Ausdrucksformen verlassen muss. Und eine Abgrenzung gegenüber den vermeintlichen Sachzwängen und den sozialdemokratischen Lösungsversprechen, die den Kampf mit Wahl- und Reformversprechen vertagen oder parlamentarisch institutionalisieren wollen.

DIGITALISIERUNG

Big Brother is watching your Uterus

Apps sind unsere kleinen Helferlein im Alltag. Dass Perioden-Tracker für Frauen verhängnisvoll werden könnten, hat sich bis vor kurzem Niemand gedacht. Nun im Zusammenhang mit den aktuellen Geschehnissen in den USA ist das Thema hoch brisant.

(agi) Roe v. Wade war ein Grundsatzentscheid, welcher der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika anfangs 1973 gefällt hatte. Dabei wurde entschieden, dass der Schwangerschaftsabbruch zu einem verfassungsmässigen Recht auf Abtreibung wurde. Diese feministische Errungenschaft wurde am 24. Juni 2022 von den patriarchalen, konservativen Kräften zunichte gemacht. Die Aufhebung des Urteils Roe v. Wade führte in den USA zu der Aufhebung des nationalen Rechts auf Abtreibung, womit zugleich Schwangerschaftsabbrüche in mehreren Bundesstaaten illegalisiert wurden. Ein veränderter Aspekt zwischen heute und dem letzten Mal, als in den USA Abtreibung illegal war, liegt darin, dass wir uns nun im Zeitalter der digitalen Überwachung befinden. Durch die Kriminalisierung der reproduktiven Selbstbestimmung erfolgte ein – ansonsten kaum vorhandener – Aufschrei über die Frage des Datenschutzes und der Privatsphäre im digitalen Raum. Erstmals wurde in der breiten Öffentlichkeit ein Diskurs über die Datensammlung und der damit einhergehende Handel durch Apps – spezifisch Periodentracker – geführt.

Periodentracker sind Apps für Mobiltelefone, in welchen menstruierende Personen ihre Daten eintragen, wie zum Beispiel Beginn und Ende der Periode, Symptome vor oder während der Periode und so weiter. Dabei berechnet die Applikation mit Hilfe von künstlicher Intelligenz einen möglichen Eintritt der nächsten Periode. Dies obwohl bereits vor fünf Jahren mehrere Studien veröffentlicht wurden, die darauf hinwiesen, dass Periodentracking-Apps hochsensible Daten verwenden und jene auch an Dritte weitergeben. Die Weitergabe von Daten erfolgte dabei, obwohl den Nutzer_innen in den AGBs genau das Gegenteil versichert wurde. Dabei ist es nicht weiter verwunderlich, dass aus den bei jungen Frauen zweitbeliebtesten Apps der Kategorie Gesundheit Kapital, mit der Vermarktung persönlicher Daten geschlagen

wird. Durch die rasante Weiterentwicklung von künstlicher Intelligenz, kann anhand von Überwachungsdaten auf Zusammenhänge geschlossen werden, welche Menschen nicht bewusst sind. Aus Daten kann immer mehr Profit gezogen werden. So werden die Gesundheitsdaten unter anderem dafür verwendet, dass bei Ausbleiben der Periode Schwangerschaftstest vorgeschlagen werden oder auch generell Produkte im Zusammenhang mit der Periode angepriesen werden. Zum Beispiel können die Daten für Direktmarketing benutzt werden, bei welchem prämenstruellen Frauen Werbung für Süssigkeiten angezeigt wird. Diese Apps nutzen es aus, dass Frauen, inter, trans und nonbinäre Personen sich Gedanken über ihre Gesundheit machen, um die Werbestrategien zu verfeinern.

Neue Technologien und Abtreibungen

Ganz nach dem historisch schwer vorbelasteten Grundsatz «wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten» wurde für viele erst mit dem Abtreibungsverbot die Nutzung ihrer Menstruationsdaten relevant. Zugleich wurde in der breiten Öffentlichkeit Aufmerksamkeit dafür geschaffen, dass nicht nur die Nutzung von Apps und die damit einhergehende Bekanntgabe persönlicher Daten, sondern bereits die Nutzung von Handys, die damit verbundene Lokalisierung, getätigte Kommunikation und Suchverläufe digitale Spuren hinterlassen. Sogar nach der Löschung von digitalen Spuren wie den Daten beim Periodentracker bleiben digitale Spuren erhalten. Aktiv gelöschte Daten sind für Überwachungsbehörden besonders interessant, weil sie implizieren, dass Frau etwas zu verbergen hat. Selbst wenn kein Mobiltelefon mehr genutzt wird, können Schwangere aufgrund biometrischer Gesichtserkennung vor Abtreibungskliniken verfolgt und verurteilt werden. Die Kriminalisierung erfolgt somit subsidiär durch die Beweismittelsammlung. Sich jeglicher Überwachung in seinem alltäglichen Leben zu entziehen scheint geradezu unmöglich. Die neuen Technologien wie Periodentracker oder Gesichtserkennung werden durch eine patriarchale Elite getragen, wobei Technologien genutzt beziehungs-

weise missbraucht werden, um die kapitalistische und patriarchale Herrschaftsordnung zu schützen.

Kapitalistische Ideologie in der Technologie

Von den Bürgerlichen wird gefordert, dass der Staat bessere Gesetze zum Schutz persönlicher Daten erlässt. In einer kapitalistischen Gesellschaft, in welcher die Vermarktung persönlicher Daten immenser Profit abwirft, verläuft eine solche Forderung ins Leere. Roe v. Wade zeigt zudem beispielhaft, dass auch eine allfällige staatliche Regulierung spätestens dann nichts mehr nützt, wenn der Staat selbst den Erhalt patriarchaler Strukturen höher gewichtet als die reproduktive Selbstbestimmung. Nach erstem Entsetzen über neue Technologien und Überwachungsstrategien – wie sie durch Periodentracker im Zusammenhang mit dem Abtreibungsverbot möglich sind – aufgekommen sind, werden sie relativ schnell in der Gesellschaft integriert und nicht mehr als akut problematisch angesehen. Sofern die Nutzenden die Kosten-Nutzen-Rechnung als positiv einschätzen, wird die Nützlichkeit von einer Technologie einem allfälligen Schaden vorgezogen. Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie in den USA eine 17-Jährige und ihre Mutter nach einer Abtreibung angeklagt wurden, nachdem Facebook einen persönlichen Chatverlauf der Polizei weitergegeben hat und darauf gestützt Computer und Handys konfisziert haben, um weitere Daten auszuwerten. Hinzu kommt, dass für neue Technologien meist noch keine Regulierungen oder Gesetze bestehen, womit diese willkürlich angewendet werden können. Ein einst demokratischer Staat kann sich schnell oder schleichend in Richtung Faschismus entwickeln. Mit der Digitalisierung und dem damit bestehenden persönlichen digitalen Fussabdruck jedes und jeder einzelnen wird der Weg für einen totalitären Überwachungsstaat geebnet.

KLEISTERPROZESS

Der Abschreckung die Solidarität entgegensetzen

Der «Kleisterprozess» in Basel von Mitte August wurde aufgrund von zwei Krankheitsfällen im Verteidiger_innenteam der Angeklagten kurzfristig verschoben. Im Prozess geht es um eine Plakataktion des Revolutionären Jugendbündnis' Winterthur vom Januar 2021. In den damals mitten im zweiten Lockdown im öffentlichen Raum geklebten Plakaten, wurde das Versagen der staatlichen Krisenverwaltung kritisiert. Sechs junge Genoss_innen wurden damals verhaftet. Die verfahrensführende Staatsanwaltschaft Basel fordert für alle eine bedingte Haftstrafe von einem Jahr. Wir haben uns mit einem Genossen der Soligruppe getroffen, welche die angeklagten Genoss_innen unterstützt und mit ihm über den aktuellen Stand des Verfahrens gesprochen.

(agw) Ihr geht den Prozess sehr offensiv an. In den letzten Wochen sind in Winterthur und in anderen Städten viele knallgelbe Plakate geklebt worden, welche die staatliche Repression als weiteres Mittel der «Krisenbewältigung» im Kapitalismus beleuchten. Was seht ihr politisch als Ziel der Kampagne?

Die politische Prozessführung hat für uns verschiedene Ebenen. Der erste und fast der wichtigste Punkt für uns ist, dass man sich die mit den Plakaten geäußerte Kritik nicht verbieten lässt, sondern im Gegenteil die jetzige Plattform des Prozesses nochmals dafür nutzt, diese Kritik umso lauter kundzutun.

Unsere Kampagne hat aber auch eine andere Tragweite. Ziel staatlicher Repression ist immer auch die Abschreckung. Diesem Signal, das die Repression senden will – wenn Leute plakatieren gehen bekommen sie hohe Bussen oder Knast – wollen wir etwas entgegensetzen. Wir wollen zeigen, dass wir uns davon nicht einschüchtern lassen, wir machen trotzdem weiter. Unsere Methoden der Vermittlung unserer Inhalte sind legitim und richtig.

Drittens ist ein wichtiger Teil einer solchen Kampagne, dass die Betroffenen nicht alleine gelassen werden, dass man sich auch rund um den Prozess herum organi-

siert. Dass man die Betroffenen auch ganz bewusst für ihr Handeln unterstützt und sie ermutigt, damit weiterzumachen.

Eine defensiv-juristische Verteidigungsstrategie hätte auch an die «Verhältnismässigkeit» der polizeilichen und justiziellen Massnahmen appellieren können. Stand eine rein juristische Verteidigungslinie anstelle der politischen Prozessführung für euch nie zur Diskussion?

Die Diskussion darüber wurde geführt, es gab auch sehr unterschiedliche Positionen. Aus rein juristischer Sicht ist natürlich eher davon abzuraten, das Thema weiterhin zu bearbeiten und zu verteidigen, was gemacht wurde. In den Diskussionen fanden wir aber die Einheit, dass für uns die politische Prozessführung im Vordergrund steht. Einerseits weil wir glauben, dass auf einer rechtsstaatlichen Ebene nicht viel zu holen ist. Andererseits weil uns bewusst ist, dass eine revolutionäre Kritik an den Verhältnissen halt auch Konsequenzen hat, dass man sich damit in einen Konflikt mit dem Staat begibt. Auch das wollen wir mit unserer Prozessführung zum Ausdruck bringen: von diesem Staat können wir schlussendlich gar nichts anderes erwarten.

Revolutionäre Plakate im öffentlichen Raum sind ja nichts Neues und das geforderte Strafmass von einem Jahr Haft bedingt ist fast schon absurd. Wo liegt eurer Einschätzung nach der Grund für dieses Vorgehen?

Einerseits konnte man von Beginn der Pandemie an eine Veränderung in der Strategie der Repressionsorgane feststellen, sie gingen massiv gegen linke Kritik an der staatlichen Krisenverwaltung vor.

Andererseits lässt sich seit Jahren beobachten, dass der Staat besonders gegen revolutionär organisierte Jugendliche ziemlich repressiv vorgeht. Dies natürlich in der Hoffnung, möglichst viele junge, politisch Interessierte vom Kampf abzuschrecken und die Bewegung zu schwächen.



Transpiaktion in Winterthur am 18. August 2022

Umso wichtiger ist es, diese Strukturen zu verteidigen und solche Prozesse kollektiv und politisch zu führen.

Mit der Verschiebung ging zwar der «Höhepunkt» der bisherigen Kampagne verloren, andererseits wurde weitere Zeit für die Vermittlung der politischen Inhalte des Prozesses gewonnen. Wie geht es jetzt weiter?

Wir werden auf dem aufbauen was wir bisher gemacht haben und wir hoffen natürlich weiterhin auf die Solidarität anderer Leute. Die gewonnene Zeit werden wir sicher nutzen, um den Fokus der Kampagne nochmals vermehrt auf die Inhalte, die zur Verhandlung stehen, zu richten.

Geändert hat sich mit der neuen Phase der Pandemie grundsätzlich ja nichts. Ein Teil der Plakatkampagne hatte auf das Einknicken des Staates vor den Kapitalfraktionen gezielt. Also dass der Staat die Leute quasi weiterhin zum Arbeiten gezwungen hat und die Bevölkerung damit einem schwer abschätzbaren Risiko aussetzte. Gleichzeitig sollte man sich in der Freizeit stark einschränken und wurde die Vereinzelung gefördert. Die Kosten der Krise haben von Beginn an die Arbeitenden getragen und in der aktuellen Situation ist davon auszugehen, dass sich die wirtschaftliche Krise weiterhin verschärft.



Das armenische Bataillon am des Gedenktag zum Genozid an den Armenier_innen am 24.4.22.

ROJAVA

Was nun?

Mit dem Kampf um Kobanê 2014 wurde der revolutionäre Prozess in Rojava und der Region zu einem zentralen Bezugspunkt unserer Politik. Es gibt viel zu lernen und viel zu gewinnen.

(gpw/raw/rabs) Weltweit wird in diesem Jahr der zehnte Jahrestag der Rojava-Revolution begangen; so widmet sich auch diese Ausgabe des aufbau diesem Jubiläum. Wie bei vielen (aber zum Glück nicht allen) revolutionären Kräften, begann unsere Auseinandersetzung mit dem dort stattfindenden Prozess ein wenig später als 2012. Nämlich dann, als der Islamische Staat 2014 vor den Toren Kobanê stand und sich weltweit eine ungeheure Solidaritätsbewegung ausbreitete. Getragen von der Strahlkraft und der Hoffnung dieser wenigen Kämpfer_innen gegen die Barbarei, trug sie dazu bei, dass die Bedingungen sich zugunsten eben jener Kämpfer_innen verschob. Seither ist der Prozess in Rojava ein zentraler Bezugspunkt unserer Politik – wie bei vielen anderen revolutionären Kräften auch.

Es gibt dafür gute Gründe, derer drei wir hier hervorheben wollen. Ein erster ist die internationale Dimension dessen, was zwischen den Kantonen Afrîn und Qamişlo in Nordostsyrien geschieht. Dazu gehört die historische und gegenwärtige Tatsache, dass der Mittlere Osten seit mehr als einem Jahrhundert mit unterschiedlicher Intensität Tummelplatz der Interessen verschiedenster imperialistischer und regionaler kapitalistischer Mächte ist. Diese stehen immer wieder im Widerspruch zu den Interessen lokaler, durchaus auch progressiver Kräfte. Dazu gehört die wirtschaftliche Tatsache, dass im Zeitalter globaler Warenproduktionsketten und Ressourcenknappheiten ein Prozess wie in Rojava kaum isoliert für sich stattfinden kann, sondern unweigerlich eine internationale Dimension annehmen muss.

Dazu gehört aber auch ein offensiver politischer Umgang mit diesen objektiven Tatsachen. Also die Entwicklung eines internationalistischen Programms aus einer internationalen Realität, die vor der vermeintlichen Komplexität dieser Wirrungen nicht zurückschreckt, sondern auf sie eingeht und dialektisch in Bewegung zu setzen versucht. Das Wissen um die Gegebenheiten sollte in ein Bewusstsein für den Umgang damit umschlagen. Angereichert wird es beispielhaft durch jene Bezugspunkte in Rojava, deren Inhalt in erster Linie der Internationalismus ist. So zum Beispiel das Internationale Freiheitsbataillon, das sich früh formierte und damit diesen inhaltlichen Bestandteil des Prozesses lokal konkretisierte. Gerade aus der offenkundigen internationalen Realität dieses Kriegs können Spuren einer internationalen Verkettung der Mitverantwortung zurück nach Europa und in die Schweiz verfolgt werden. Einer internationalistischen Linken erlaubt das, die Dinge nicht gänzlich an die Genoss_innen vor Ort zu delegieren, sondern auch hier intervenierendes Subjekt zu werden. Dies mit der Perspektive, auf das allgemeine Kräfteverhältnis in dieser Konfrontation einzuwirken (wenn auch angesichts der Ausgangslage oftmals auf einer moralisch-symbolischen Ebene).

Gemeinsamkeiten suchen

Unsere Genoss_innen, welche bewusst den Weg des proletarischen Internationalismus einschlugen und mit offenen Augen die Region besuchten, kamen davon beeindruckt zurück. Sie erkannten, wie ungemein vielschichtig der politische Prozess in Rojava ist. Also konkreter, wie versucht wird, alle Teile der Gesellschaft in ihrer Unterschiedlichkeit im Rahmen eines fortschrittlichen Programms einzubinden. Eine Notwendigkeit sowie ein Anspruch eines revolutionären Prozesses, der davon ausgeht, dass die Massen treibende Kraft der Geschichte sind und diese selbst nicht idealisiert, sondern in ihrer Widersprüchlichkeit zu fassen versucht. Ein Anspruch, der keinesfalls unter einfachen Bedingungen aufrechterhalten wird. Insbesondere wenn wir uns vergegenwärtigen, wie dieses Projekt seit Beginn von vielen Seiten mit unterschiedlichen Intensitäten angegriffen wird und so unter kriegerischen Vorzeichen den Aufbau einer neuen Gesellschaft aus der alten vorantreibt. Ein praktischer Beweis für das Vertrauen, das in die eigenen Kräfte – sprich: das Volk – gesetzt wird, um diesen Prozess voranzutreiben.

Wir versuchen das für unsere Realität zu übersetzen und Rojava nicht als etwas Besonderes zu betrachten, das brillant sein mag, aber ohne Parallele zu unserer Situation. Wenn wir die dortige Erfahrung verallgemeinern, dann öffnet sie einen Horizont, sich die Frage zu stellen, wie es hier um das revolutionäre Subjekt bestellt ist. Denn dieses ist eben nicht unbedingt nur so, wie man es gerne hätte. Gerade deswegen stellt sich auch die Frage, was für ein Verhältnis sich dazu einnehmen lässt. Die Brüche in der hiesigen Gesellschaft mögen nicht qualitativ dieselben sein wie dort und gewiss ist die Einbindung in die kapitalistische Moderne mitsamt ihrer korumpierenden Wirkung hier weiter gediehen als in Rojava. Doch soll uns das nicht davon abhalten, die Spalten der Widersprüche dieser Gesellschaft zu suchen und darin nach vorne ziehend revolutionär zu wirken.

Darin nehmen dort die Frauen eine besondere Rolle ein. Die Bedeutung der Frauenrevolution in Rojava gibt uns hier die Möglichkeit, sich auf ein frauenkämpferisches Subjekt zu beziehen, ein Subjekt, das die grösstmöglichen Erfolge erkämpfen konnte, weit mehr als der männliche Teil der Bevölkerung. Darin liegt eine Kraft, die vor Ort tagtäglich erfahrbar ist. Mütter, Kinder, Aktivistinnen und Kämpferinnen. In allen Bereichen des Lebens, sei es im Zivilen oder Militärischen, existiert eine eigenständige Organisation der Frauen. Diese Organisation ist, in dialektischer Verbindung mit den anderen Formen der Massenorganisation, treibende Kraft und Motor des revolutionären Prozesses. Alle sprühen diese erkämpfte Freiheit ansteckend aus.

Die Möglichkeit

Ein letzter, vielleicht aber wohl wichtigster Grund für die Auseinandersetzung mit Rojava: Der revolutionäre Prozess in Rojava zeigt die Möglichkeit der revolutionären

Veränderung der Gesellschaft. Das ist an und für sich nichts Einzigartiges, wenn wir uns die historischen Vorbilder der sowjetischen oder chinesischen Revolution vor Augen führen, wenn wir uns die antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungskämpfe der 1960er und 1970er Jahre vergegenwärtigen oder in die Philipinen oder nach Lateinamerika blicken, wo revolutionäre Kräfte heute ebenso die Machtfrage stellen. Und doch sind die Transmissionsriemen dieser Revolution hier besonders stark ausgeprägt, wohl auch wegen der politisierten Diaspora und der räumlichen Nähe. Gerade angesichts der vermeintlichen Alternativlosigkeit zum Kapitalismus, die uns seit dreissig Jahren um die Ohren geschlagen wird und dazu beiträgt, dass man eher von einem Untergang im Kapitalismus ausgeht als von einem Untergang des Kapitalismus, öffnet Rojava eine Möglichkeit, die auf einen historisch fruchtbaren Boden fällt.

Die Vorstellung, dass eine Revolution ein historisch vorbestimmter Prozess ist, der sich anhand bestimmter Kriterien erkennen und ohne Weiteres auslösen lässt, wird durch das Beispiel in Rojava widerlegt. Das Wirken gesellschaftlicher Widersprüche und ihre innere Verkettung im lokalen wie auch im globalen Kontext sind umfassend zu betrachten. Durch die Fähigkeit der kurdischen Freiheitsbewegung, die historische Etappe zu erkennen, die Widersprüche in der Gesellschaft zu analysieren und sie für den revolutionären Prozess nutzbar zu machen, und ihre tiefe Verbundenheit mit den Massen, ist es ihnen gelungen, dass die Revolution seit nun über 10 Jahren in Nordostsyrien voranschreitet. Ihr Wille sich weiterzuentwickeln, kreative Lösungen statt starre dogmatische Antworten zu haben, ermöglicht ihnen, sich gegen eine absolute militärisch-technische Übermacht des Feindes zu behaupten, ihm immer wieder gezielte Schläge zu versetzen und in der Offensive zu bleiben.

Was das mit uns zu tun hat?

Die verschiedenen historischen Etappen und objektiven Bedingungen führen dazu, dass es gezwungenermassen eine Ungleichzeitigkeit des revolutionären Prozesses weltweit gibt. Während beispielsweise die einen in einem revolutionären Volkskrieg die Errungenschaften und das Fortbestehen der Revolution verteidigen, sind andere mit den grundlegendsten Aufgaben der revolutionären Kräfte beschäftigt – der Organisation und dem Aufbau der revolutionären Kräfte. Diese Erkenntnis, und scheint sie auch noch so banal zu sein, gilt es weiterzuspinnen. Die eine Seite ist die immense Bedeutung einer konkreten revolutionären Perspektive für unseren Kampf hier in den westlichen Metropolen, die andere Seite ist die Wichtigkeit einer internationalen Bewegung – denn eine Revolution kann nie isoliert bestehen. So haben wir hier, in einem der Zentren des Kapitals, eine besondere Verantwortung, den Kampf, auch wenn stellenweise nur symbolisch, hier weiterzuführen. Vor allem können wir von den methodischen Fähigkeiten für unseren eigenen Prozess lernen und verallgemeinern, ohne in Versuchung zu geraten, Konzepte starr zu übernehmen oder zu idealisieren.

Fortsetzung von Seite 1.

mogenität hätte, weil auch das eine klarere Perspektive für die Kurd_innen innerhalb des türkischen Staatsgebiets eröffnen würde. Das Gebiet kann auch als Rückzugsort für die kurdische Freiheitsbewegung dienen, die auch im türkischen Staat aktiv ist.

Wahlen und Wirtschaftskrise

Aktuellere Gründe, Rojava zu zerstören, sind in den Wahlen 2023 in der Türkei und dem Ende des Vertrags von Lausanne im selben Jahr zu finden. In der Türkei herrscht spätestens seit dem Beginn dieses Jahres eine verheerende Wirtschaftskrise. Einerseits fiel der Wechselkurs der Lira, andererseits – und das ist für die proletarischen Teile der Gesellschaft eine Katastrophe – sackte die Kaufkraft extrem ab. Die Inflationsrate ist bei über 100%, wer nicht reich ist, kann sich nicht mehr das Lebensnotwendige kaufen. Schon im vergangenen Winter mussten sich die ärmeren Teile der Bevölkerung zwischen Heizen und Essen entscheiden. Entsprechend wächst die Unzufriedenheit und der Widerstand gegen die Regierung, Erdogan muss um seine Wiederwahl im Juni 2023 bangen. Auch der militante Widerstand nimmt zu, seit sich die revolutionären kurdischen und türkischen Kräfte in der HBDH und KBDH zusammengeschlossen haben.

Entsprechend versucht Erdogan, die nationalistisch und religiös eingestellten Teile der Bevölkerung von den wirtschaftlichen Problemen abzulenken, indem er sich als starken Mann inszeniert, der in alle Richtungen militärische und politische Erfolge verbucht. Während er politisch durchaus erfolgreich ist, zum Beispiel mit der vorübergehenden Verhinderung des Nato-Beitritts Schwedens und Finnlands oder den Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland für den Getreideexport, läuft es militärisch nicht so, wie er es sich vorstellt. 2020 gewann Aserbaidshan mit türkischer Militärhilfe den Krieg um Bergkarabach. Das war jedoch der letzte militärische Erfolg Erdogans. Weder konnte er in Libyen eine «Lösung» erkämpfen, die der Türkei grosse Vorteile verschaffte, noch erzielten die ständigen Provokationen gegenüber Griechenland Erfolge. Die zum griechischen Staatsgebiet gehörenden Inseln vor der türkischen Küste, die von den türkischen Nationalist_innen als türkisches Staatsgebiet angesehen werden, sind fest in der Hand Griechenlands. Eine Militäroperation wäre hier zu riskant, weil sie sich gegen einen Nato-Partner richten und der Westen sich von Erdogan abwenden würde. So belässt es der Despot bei wiederholten Äusserungen und der Forderung der «Mavi-Vatan-Doktrin», die die Hälfte der Ägäis als türkisches Territorium sieht.

Krieg ist Krieg

Tatsächliche militärische Angriffe gab so hingegen gegen die kurdischen Regionen. Einerseits wurde sowohl 2021 als auch 2022 jeweils ab dem Frühling, wenn es die klimatischen Bedingungen zulassen, die Berge in Başur (Nordirak) angegriffen. Im Gegensatz zu anderen Jahren, war das erklärte Ziel dieser Angriffe nicht nur die Zerstörung der PKK, sondern die Besetzung der Region. Zwar erzählten die türkischen Medien von den «Erfolgen gegen die Terroristen», ein wirklicher Erfolg waren die Operationen jedoch nicht. In den Bergen gelang es der Besatzungsarmee nicht, sich festzusetzen und trotz massiven

Bombardements und dem Einsatz völkerrechtlich verbotenen Chemiewaffen gelang es ihr nicht, die Guerilla zu vertreiben. Im Gegenteil versetzt die Guerilla der türkischen Armee empfindliche Schläge.

Was Rojava angeht, drohte Erdogan seit dem Frühjahr 2022 erneut mit einer weiteren Invasion, es wäre nach Afrîn (2018) und Girê Sipî/Serê Kaniyê (2019) die dritte. Parallel dazu erhöhte das türkische Regime das Niveau des Krieges «niedriger Intensität». Insbesondere der Artilleriebeschuss und die gezielten Drohnenangriffe nahmen zu.

Während des Frühlings und Sommers 2022 versuchte Erdogan, im Westen und bei Russland und dem Iran das Einverständnis für eine Invasion zu bekommen. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe gelang ihm das nicht. Dies nicht, weil die imperialistischen Mächte Rojava gegenüber wohlgesonnen wären. Vielmehr sind es Fragen des Einflusses in der Region, die den Ausschlag geben. Wenn die Türkei Rojava besetzt, verlieren sowohl die USA als auch Russland dort an Einfluss. Der Iran auf der anderen Seite hat Angst vor einer Schwächung der schiitischen Kräfte in Syrien.

Im Westen hingegen ist man – neben geostrategischen Positionierung durch die Anwesenheit von Truppen – vor allem daran interessiert, den IS in Schach zu halten. Und da sind sich die westlichen Staaten durchaus bewusst, dass das besser in Zusammenarbeit mit Rojava funktioniert, als mit der Türkei, die seit Jahren den IS mehr oder weniger heimlich unterstützt. Ansonsten sind die imperialistischen Mächte Teil des Angriffs auf die Revolution.

Widerstand

Wenn wir an Afrîn und Serê Kaniyê denken, könnten wir meinen, dass der Widerstand gegen einen weiteren Invasionsversuch der Türkei chancenlos sei. Es konnte jedoch schon im Serê Kaniyê-Krieg beobachtet werden, dass die SDF aus den Fehlern von Afrîn gelernt hat. Die undogmatische Herangehensweise erlaubte eine ständige Weiterentwicklung der Kampfaktik zur «Guerilla des 21. Jahrhunderts» – und dies in einer Kriegssituation. Was sich insbesondere seit 2019 geändert hat, ist der verstärkte Einbezug der Zivilbevölkerung, die ideologisch und an der Waffe geschult wurde und so im Falle eines Angriffs auch selber ihre Stadt oder ihr Dorf mitverteidigen können.

Wichtig für den Widerstand ist auch die Haltung hier in Europa. Wenn es gelingt, wieder eine starke Solidaritätsbewegung für Rojava aufzustellen, kann die Türkei nicht unbemerkt angreifen, wie sie sich das im Schatten des Ukrainekriegs erhoffte.

KOMMENTAR

Kontinuierlich kämpfend vorwärts

(gpw/raw/rabs) Zehn Jahre Solidarität mit Rojava. Getragen wird diese einerseits von bewussten Kräften mit hoher Konstanz aufgrund der Bedeutung des Prozesses dort und dessen dialektische Wirkung auf denselben hier. Unterstützt wird diese andererseits von einem Umfeld solidarischer und sympathisierender Menschen, die sich aufgrund von Faktoren in Bewegung setzen, die oft ausserhalb unseres Einwirkungsbereichs liegen. Zusammen ergibt das eine Solidaritätsbewegung mit wellenartigen Dynamiken, anschwellend zu einem Tsunami, der über türkische Botschaften einbricht, abschwellend zu einer Ebbe, die ein verästeltes Wassernetzwerk im Sand hinterlässt.

Es gibt verschiedene Ansätze, damit umzugehen. An ihren Extremen sind sie selten konstruktiv, auch wenn die Überlegungen dahinter durchaus gut gemeint sind. Vielfach wurde die Solidaritätsbewegung durch eine attentistische, also abwartende, Haltung gelähmt, weil alle Augen und Gedanken sich auf einen Tag X richteten. Aber vor lauter Überlegungen hinsichtlich der Kriterien, die ein Tag X erfüllen müsse und dem, was dann kommen könnte, ging unter, was jetzt ist und wie man dieses solidarische Netzwerk in der Zwischenzeit erhalten und weiterentwickeln könne. Nicht unähnlich den Positionen, die die Fragen der Revolution auf einen fernen Tag X verschieben und diese nicht als Prozess begreifen, der von gestern über heute nach morgen führen muss.

Umgekehrt können wir den solidarischen Wellengang nur beschränkt erzwingen. Es gibt objektive Bedingungen, die nicht unmittelbar veränderbar sind, äussere Faktoren, die limitierend wirken. Alarmistische Aufrufe sind angesichts der Gräueltaten vor Ort nachvollziehbar, und doch reichen sie selten aus, um hier den Stein (wieder) ins Rollen zu bringen. Zu tief steckt dieser fest, zu viel liegt ihm im Weg, als dass die Reaktionen immer so sein könnten wie sie sein sollten. Zur konkreten Analyse der konkreten Situation gehören diese Faktoren unbedingt dazu, sie zu ignorieren oder negieren heisst letztlich eine idealistische Position einzunehmen, die vom Sollen statt vom Sein ausgeht.

Eine wechselseitige Wirkung zwischen den Prozessen hier und dort kann uns nur dann gelingen, wenn wir diese in ihrer tatsächlichen Realität verbinden, in Kenntnis um die Ungleichzeitigkeiten zwischen ihnen und innerhalb ihrer. In Kenntnis auch um die Möglichkeit der Wandlung der Widersprüche an sich. Das Bild von Ebbe und Flut mag erhellend sein, ist aber beschränkt, weil es nur ein Hin und Her gleichbleibender Zustände beschreibt. Wir gehen aber von einer spiralförmigen Entwicklung aus. Der eine Zustand kann auf den anderen wesentlich einwirken, so dass das Netzwerk heute weit robuster und reichhaltiger zurückbleibt als es es noch vor Jahren war, wodurch wiederum eine neue Ausgangslage für das Weitere geschaffen werden kann. Nochmals anders: «Ni-en-leh wusste viele Bedingungen für den Umsturz, aber wusste keine Zeit, wo nicht an ihm zu arbeiten war» (Bertolt Brecht, Buch der Wendungen).



Befreiung von Minbic.

Rote Welle

LoRa 97.5 MHz

Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats

Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr

FRAUENSTREIK

Die Welle trägt uns weiter ...

Zehntausende junge Frauen und queere Personen kamen am 14. Juni 2022 auf die Strassen und zeigten ein unbesiegbares Selbstbewusstsein. Die Welle, die seit 2015 in verschiedenen Ländern den feministischen Streik probt, wogt weiter. Gründe dafür verorten wir im Internationalismus und im historischen Erbe.

(agf) Eigentlich ist ja erst für nächstes Jahr eine grosse Sache zum 14. Juni geplant, doch sorgte bereits dieses Jahr für eine Überraschung. Wann waren zuletzt 100'000 Personen in der Schweiz auf der Strasse? Am 14. Juni 2019 – damals waren es 500'000.

Woher kommt dieses Selbstverständnis, dieser entschlossene Wille, die herrschenden Verhältnisse nicht mehr hinzunehmen? Diese jungen Frauen und queere Personen tragen ihr Selbstbewusstsein so selbstverständlich zur Schau, als wäre es ihnen in die Wiege gelegt worden. Und wahrscheinlich ist es auch so: Seit der internationalen feministischen Streikwelle, die 2017 als gemeinsame Aktion in 55 Ländern vorangetrieben wurde, befeuert ein Frauenstreik den nächsten. Wiederholungen fanden am 8. März 2018, am 8. März 2019 und erneut im März 2020 statt. In der Schweiz am 14. Juni 1991, 2019, 2022. Diese aktuelle Welle wiederum ist ein Ausdruck des Erbes der Frauenbewegungen des letzten Jahrhunderts, vor allem der proletarischen, die den Internationalen Frauenkampftag lancierte. Und es ist das Erbe der Neuen Frauenbewegungen der 70er Jahre, die das Private für Politisch behaupteten.

Die objektiven Gründe für diesen feministischen Aufstand liegen in den patriarchalen kapitalistischen Verhältnissen: einerseits haben die jungen Frauengenerationen erkannt, dass die bürgerlichen Gleichstellungsgesetze oft toter Buchstabe sind und Errungenschaften ständig wieder angegriffen werden. Weiter erzeugt die Krise dieses Systems immer mehr machistische Gewalt, und zwar in allen Bereichen und in ungeheuerlichem Ausmass.

Der 14. Juni 2022 ist kein isoliertes Ereignis, er ist Ergebnis eines langen Prozesses und in diesem Sinne ist er weiterhin im Gange, sein Ende bleibt offen. Dieser Prozess bringt eine historische Akkumulation früherer Kämpfe auf die Bühne, sammelt Erfahrungen, Kampfformen, schafft Verbindungen – und drückt sich unter anderem in diesem nicht mehr zu bändigendem Selbstbewusstsein aus. Diese Akkumulation von Kämpfen, Errungenschaften, Klassenbewusstsein, Frauen- und Queerbewusstsein hat eine internationalistische und historische Dimension.

Unser '17

Unsere Streiks sind quasi ein Echo vom 8. März 1917, als die Textilarbeiterinnen in Petrograd gegen den Krieg und das Zarenreich protestierten, und die Oktoberrevolution einläuteten. Der 8. März erinnert auch an migrantische Arbeiterinnen aus NewYorker Bekleidungsfabriken, die beim Aufstand der Zwanzigtausend in Streik traten und 1911 bei einem Brand ums Leben kamen, weil die Bosse die Türen der Fabrik verriegelt hatten.

Auch in der Schweiz haben die Frauenstreiks einen proletarischen Ursprung: Uhrenarbeiterinnen im Vallée de Joux wollten sich gegen die noch immer ungleichen Löhne kämpferisch zur Wehr setzen. Die Idee entwickelte eine solche Dynamik, dass 1991 Hunderttausende sich an Streik- und Protestaktionen beteiligten und es zur grössten Massenmobilisierung nach dem Landesstreik von 1918 kam. Diese Streiks unterscheiden sich vom auf den Betrieb begrenzten Streik, da Frauenarbeit an der Betriebsgrenze nicht aufhört. Die organisierte Aussetzung der Arbeit von Frauen legt die systematische und strukturelle Diskriminierung in all unseren Arbeits- und Lebensbereichen offen. Dies ist einerseits eine Stärke, andererseits eine Schwäche der Frauenstreiks, da sie die Bonzen wenig materiell schädigen.

Femizide haben systemischen Charakter

Die aktuellen Streikbewegungen sind stark internationalistisch geprägt. In Argentinien wurde die feministische Streikbewegung von einem Slogan angetrieben – «ni una menos» («nicht eine weniger»). Unter diesem Motto fand 2015 die erste Massenmobilisierung gegen Femizide statt, seither hallt die Parole über den ganzen Globus. Ein anderes Beispiel ist der Streik 2017 in den Maquilas, jenen riesigen Fertigungsbetrieben entlang der Grenze zwischen Mexiko und den USA. Der Grenzort Ciudad Juárez wurde dort zu einem traurigen Ballungsraum eines wahren Femizidkrieges. Denn es gibt verschiedene Arten von Krieg. Einer davon wird gegen Frauen und LGBTQ+Personen geführt, ein Ende der Eskalation ist nicht abzusehen, im Gegenteil.

Die Femizide, sie sich im letzten Jahrzehnt vervielfacht



Militante Strassenkämpfe in Mexiko-City, 8. März 2020, insbesondere gegen Feminizide

haben, geben uns die Erkenntnis, dass es sich hier nicht nur um Sexualverbrechen, sondern um politische Verbrechen handelt, die systemischen Charakter haben. Wenn wir erschüttert die Zahl der Todesfälle lesen, die sich zwischen der Fabrik, dem Nachtclub, den Kriegsgebieten und an den Grenzen wiederholen, verstehen wir etwas, das uns mit diesen Frauen verbindet, selbst in einer Wüste, die wir noch nie gesehen haben. Denn etwas von dieser Realität findet sich in unserer Nachbarschaft wieder, im Club, in unseren Wohnstätten, die durch häusliche Gewalt implodieren, in den Risiken, die Migrantinnen auf sich nehmen, und in den Communitys, die von Megaunternehmen des transnationalen Kapitals vertrieben werden. Durch die Komposition eines gemeinsamen Körpers entsteht eine Art Resonanz: eine Politik, die den Körper einer einzelnen Frau zum Körper aller macht. Das ist es, weshalb wir auch hier Slogans aus Lateinamerika skandieren: «Si tocan a una, nos tocan a todas!» («Wenn sie eine von uns anrühren, rühren sie uns alle an») oder in der weltberühmten Performance «El violador eres tu!» (Der Vergewaltiger bist du!) heisst es, «si tocan a una, respondemos todas!» («wenn sie eine von uns anrühren, antworten wir alle»).

Abtreibung – weltweit Thema

Wiederum in Argentinien wurde bereits 2005 die Nationale Kampagne für das Recht auf legale, sichere und kostenlose Abtreibung ins Leben gerufen. Die Bewegung entwickelte eine solche Kraft, dass sich die Regierung letztes Jahr gezwungen sah, der Forderung nachzugeben. Der Sieg hat grosse Bedeutung für ganz Lateinamerika, wo noch besonders drastische Gesetze herrschen. In El Salvador bspw. sitzen Dutzende von Frauen jahrzehntelang im Knast, weil sie Fehlgeburten hatten oder abgetrieben haben. Auch in Polen ist die Bewegung seit vielen Jahren aktiv.

Die Stärke und Ausstrahlungskraft der argentinischen Bewegung wurzelt auch in anderen Protestbewegungen: bei den Müttern und Grossmüttern der Plaza de Mayo, die mit ihren Protesten die Wahrheit über die «Verschwundenen» der Militärdiktatur öffentlich machten. Hier gibt es auch die lange Geschichte sexueller Emanzipationsbewegungen seit den 1970er Jahren, der Front für die homosexuelle Befreiung, die lesbischen Militanten, der Aktivismus von Transpersonen und Intersexuellen. All dies ist der Humus, auf dem sich eine bedeutende Rolle Argentinien in der heutigen internationalen Welle des feministischen Streiks entwickelte und mit der sich ein qualitativer Sprung vollzog.

Feministische Sichtweise auf Arbeit

Dieser Sprung basiert auf einer feministischen Sichtweise auf die Heterogenität von Arbeit. Die Besonderheit dieser neuen Welle zeigt in praktischer auführerischer Weise, dass für uns proletarischen und migrantischen Frauen die Grenzen zwischen Arbeit und Leben aufgebrochen sind, dass wir im Leben arbeiten und in unserer Arbeit leben, beispielsweise wenn wir für unsere Kinder und geliebten Menschen sorgen. Der feministische Streik erweitert das traditionelle Instrument der organisierten

Arbeiter_innenbewegung und deckt die organische Beziehung zwischen der Kapitalakkumulation und patriarchaler und kolonialer Gewalt auf. Er politisiert die Gewalt gegen Frauen und erklärt den Zusammenhang zwischen sexueller Gewalt und ökonomischer Gewalt, zwischen Gewalt am Arbeitsplatz und rassistischer Gewalt, zwischen Polizeigewalt und geburtskontrollierender Gewalt. Dieses Verständnis erzeugt eine wichtige Verschiebung: ein Entkommen aus der Opferrolle, die uns gerne zugeschoben wird. Diese Selbstermächtigung von unten sprengt die Grenzen vom einzelnen Betrieb, vom einzelnen Haushalt, sie mobilisiert von unten über Grenzen hinweg, fördert die historisch unsichtbar gemachte Arbeit zu Tage. Sie wird zu einem Instrument, das Hierarchien der Arbeit sichtbar macht und nach Arbeitskämpfen in prekärer, informeller, häuslicher und migrantischer Arbeit ruft. Damit wird eine solche Arbeit nicht mehr als ergänzend zur Lohnarbeit betrachtet, sondern es wird aufgezeigt, wie sie für die heutigen Formen der Ausbeutung und Wertextraktion grundlegend sind.

Ya basta – Es reicht! 14. Juni 2023!

Offensichtlich sind es die proletarischen Frauen und queeren Personen, die aktuell weltweit eine der grössten sozialen Bewegungen anstossen – neben der Klimabewegung. Auch wenn in der Bewegung die verschiedenen Klassen präsent sind, sind grosse Teile dieser Bewegung der Überzeugung, dass das patriarchale imperialistische System grundsätzlich in Frage gestellt werden muss. Dass einzelne Reformchen nicht genügen, um unsere Situation wirklich zu verändern. Das System ist an der Wurzel faul, unser gesamtes Leben ist davon betroffen, sämtliche Bereiche sind durchdrungen von den entfremdeten Verhältnissen, die die Warengesellschaft uns aufzwingt.

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, soziale und kulturelle Zuweisungen, Homophobie und Transfeindlichkeit, reaktionäre Angriffe auf Errungenschaften, u.a., sind trotz aller Unterschiede rund um den Globus ähnliche Situationen, die Frauen und queere Personen antreiben, die Streikwelle weiter zu stossen.

Die Streikkollektive und verschiedenen Grüppchen und Gewerkschafterinnen in der Schweiz, die sich seit dem Frauenstreik 2019 formierten, haben die Anstrengung unternommen, organisiert zu bleiben. Sie haben es auch dieses Jahr in die Hand genommen und bereiten für nächstes Jahr die ganz grosse Show vor. Wer weiss, vielleicht gelingt sogar der eine oder andere «traditionelle Streik» in einem Betrieb.

Die kämpfenden Generationen von heute können auf lange Erfahrungen zurückblicken und erkennen, dass es organisierter Kraft bedarf, um kontinuierlich den Kampf zu führen, den Druck von unten zu erzeugen, um die Herrschenden zu Zugeständnissen zu zwingen. Und in diesen Prozessen das Bewusstsein erlangen, dass nur die proletarische Revolution die Geschlechterverhältnisse grundsätzlich revolutionieren kann.

Quelle: Verónica Gago: Für eine feministische Internationale

ANTIFASCHISMUS

Es gibt etwas zu feiern! Ein Jahr OAT Zürich

Am 3. Juni 2022 feierten wir das einjährige Bestehen des Offenen Antifaschistischen Treffens (OAT) Zürich. Ein idealer Anlass um zurückzuschauen und erste Schlüsse zu ziehen.

(agafzh) Schon vor Ausbruch von Covid erstarkte die antifaschistische Bewegung. Unter anderem war die «Basel Nazifrei»-Demo im Herbst 2018 eine starke Intervention gegen den Versuch von neuen und alten Nazistrukturen, sich in Basel der Öffentlichkeit zu präsentieren. Mehrere tausend Menschen, von jung bis alt, waren damals auf der Strasse gegen die PNOS und ihren Anhang. Als Reaktion auf die repressiven Angriffe des Staates entstand eine dezidierte antifaschistische Solidaritätsbewegung. Bei der Demo zum zweijährigen Jubiläum der Basel Nazifrei (BNF)-Proteste beteiligten sich dann beinahe 5000 Menschen.

Mitten in der Pandemie entstand auch die 500k-Kampagne. Diese machte, neben der weiterlaufenden BNF-Kampagne, antifaschistischen Aktivismus über die organisierte Linke hinaus zugänglich. So sammelte die politische Widerstandsbewegung unter anderem mit Kulturlokalen, Buchläden und Restaurants 500'000 Franken. 500k wollte ursprünglich vor allem Geld generieren, führte im Verlauf aber zu grossem Interesse an antifaschistischer Organisation und Praxis. Bewegungen kommen und gehen bekanntlich auch wieder. Einige über 500K politisierte Genoss_innen sind aber geblieben und wollten weiterhin aktiv sein.

Im Verlauf der Pandemie kam es innerhalb der Bewegung der Corona-Massnahmen-Gegner_innen zu einer rechtsideologischen Verschiebung. Kurz nach BNF zeigten sich Faschos wieder laut auf den Strassen. Dies war für viele, teilweise neu politisierte Antifas ein weiterer Antrieb für praktische Interventionen und dem Wunsch nach lokaler und schweizweiter Vernetzung. Die starke Zürich-Nazifrei Demonstration im Februar dieses Jahres zeigte dann auch, wie Antifaschismus unsere Kräfte bündeln und vereinen kann. Faschos auf der Strasse mit Entschlossenheit entgegenzutreten, ihnen keinen Fussbreit zu überlassen, wird weit über die revolutionäre Linke als wichtig und notwendig erachtet.

TAGESSCHULEN

Mit Lehrkräftemangel zu mehr Tagesschule?

Zürich leistet sich Paradoxes: Die Stadt will mit der Tagesschule das Betreuungs- und Bildungsangebot an den Schulen ausbauen, gleichzeitig findet sie keine Lehrkräfte.

(az) Man könnte meinen, man lebe in zwei unterschiedlichen Zeiten. Im August berichtet die NZZ besorgt, dass der Lehrpersonen-Mangel nun schon so akut ist, dass unsere Kinder nun von «Bankern im Klassenzimmer» unterrichtet werden. Dabei wird die NZZ kaum ein Problem damit haben, dass ein Finanzkapitalist unseren Kindern die spannende Perspektive eines Homo Oeconomicus näherbringt, sondern vielmehr mit dem Fakt, dass der Kanton Zürich seit diesem Schuljahr Leute als Lehrpersonen einstellt, die kein Lehrdiplom vorweisen können. Die Berufsverbände schlagen seit Jahren Alarm, dass es aufgrund steigender Kinderanzahl zu einem akuten Lehrpersonen-Mangel kommt, wenn die Politik die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für das Lehrpersonal nicht verbessert. Der Kanton Zürich hat dies ignoriert und zehn Wochen vor Schulstart, als noch immer rund 500 Lehrpersonen-Stellen unbesetzt waren, einfach 330 pädagogisch unausgebildete Personen als Lehrkräfte in die Schulzimmer gestellt. Diese sollen jetzt mit einer Schnellbleiche nachträglich noch eine Lehr-Ausbildung erhalten.

Diese Ignoranz gegenüber dem Berufsstand, der unbedingte Wille, möglichst billig an Arbeitskräfte zu kommen, und die Bereitschaft, damit die Arbeitsqualität zu senken, haben System. Das gleiche Muster findet sich bei den Kindertagesstätten und in der Pflege. Auch dort verlassen Betreuende und Pflegenden ihren Beruf, weil die Löhne und Arbeitsbedingungen nicht verbessert werden. Und auch bei der Pflege stand die staatliche Sparpolitik dann – gerade in der Pandemie – vor einem gefährlichen Personalmangel, der letztlich wieder auf Kosten der Gesundheit der noch verbleibenden Pflegenden ging.

Mehr für weniger

Und was steht am 25. September – also nur einen Monat später – an? Obwohl in den nächsten Jahren dieses

Das Interesse an der Organisierung

Nach Abschluss der 500k-Kampagne war neuen und alten Kräften klar, die aktuelle antifaschistische Dynamik würde nicht mit 500k und BNF enden, es musste weitergehen. Bei 500k stand vor allem das gemeinsame «Machen» im Vordergrund. Vermehrt wurde nun auch der Wunsch laut, Inhalte zu diskutieren und als Antifaschist_in politisch nicht alleine zu stehen.

Um die nach 500k frei gewordenen Ressourcen zu sammeln und den Interessen und Notwendigkeiten nach Organisation gerecht zu werden, fand im Juni 2021 das erste OAT in Zürich statt. Einige, die bei der Gründung dabei waren, kannten ähnliche Formen aus Deutschland. Davon wurde das OAT Zürich inspiriert. Interessierte informieren sich seither über die Sozialen Medien und Flyer über das Treffen, die Anmeldung erfolgt via E-Mail. Schon bei der ersten Ausgabe erschienen viele Leute aus unterschiedlichen Orten und mit verschiedenen politischen Hintergründen unter dem Grundsatz eines revolutionären Antifaschismus.

Das OAT Zürich fand seither jeden ersten Freitag im Monat statt, immer mit einem themenspezifischem Input und einem Diskussionsteil, danach einem praktischen Teil. Über das Jahr hinweg kristallisierte sich eine Kerngruppe von Leuten heraus, die das OAT gestalten und bei jedem Treffen erscheinen neue Leute, oft über Mund-zu-Mund-Propaganda mobilisiert.

Der offene Charakter des Treffens soll Hemmschwellen abbauen und einen unkomplizierten Zugang für Interessierte ausserhalb der politischen Widerstandsbewegung ermöglichen. Alle Teilnehmenden sollten ihre Interessen ins Kollektiv hineinbringen können, auch die Themenfindung erfolgt gemeinschaftlich. So gab es übers Jahr hinweg Inputs zu Corona-Massnahmen-Demonstrierenden, zum Protest gegen den Marsch für's Läbe, zum Faschismusbegriff, zu Antirassismus, Migrantifa und zum Antifa Ost-Verfahren. Neben dem Theorieteil schafft das OAT Zürich einen Raum für eine gemeinsame politische Praxis und tritt kollektiv an Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen auf, so zum Beispiel auch an der Zürich-Nazifrei-Demo mit



Transparent, einem Infostand am 1. Mai und einem Beitrag in der Radiosendung Rote Welle.

Zugang zur Politik ermöglichen

Mittlerweile ist klar, dass das OAT ein wichtiger Bezugspunkt ist. Es bietet einen offenen Zugang zur ausserparlamentarischen Politik und schafft die Möglichkeit sich zu informieren, sich zu organisieren und sich über eigene Erfahrungen auszutauschen. Hinzu kommt, dass das OAT, vielleicht auch nicht überraschend, Leute aus der Zürcher Peripherie mobilisiert. Dies liegt wohl daran, dass es eine Konzentration von politischen Strukturen in den Städten gibt und zu wenige bis keine im Umland. Das OAT ermöglicht, sich über genau solche Themen auszutauschen und gemeinsam etwas zu entwickeln.

Das Interesse an lokalen und offenen Treffen zeigt sich nicht nur in Zürich. So haben sich im Verlauf des letzten Jahres weitere Offene Antifaschistische Treffen in verschiedenen Schweizer Städten gegründet. In St.Gallen, Baden, Bern und Luzern sind gut besuchte OATs gewachsen. Der Zuwachs an neuen OATs zeigt, dass in der antifaschistischen Bewegung schweizweit eine positive Entwicklung hin zu Selbstorganisation und besserer Vernetzung im Gange ist. Diese Entwicklung muss gewürdigt und gestärkt werden. So kann die Bewegung quantitativ und qualitativ weiterwachsen und neue Kreise erreichen. Es gilt, Netzwerke zu schaffen, um den Faschos längerfristig Paroli zu bieten.

Gewitter eines Lehrkräfte-Mangels am Horizont des Bildungssystems aufzieht, lässt der Zürcher Stadtrat über das Projekt Tagesschule 2025 abstimmen, das einen Ausbau der Bildungs- und Betreuungsanforderungen für die Angestellten an den Schulen bedeutet. Und so wie das Projekt Tagesschule aktuell politisch diskutiert wird, reiht es sich in das Bild einer Krise der sozialen Reproduktion ein, wie sie vorher schon bei den KiTas und dann in der Pflege sichtbar wurde. Das Bürgertum ist sich zwar bewusst, dass es mehr Reproduktionsarbeit braucht, gleichzeitig soll diese aber möglichst billig sein – und das geht nur auf Kosten der Qualität für proletarische Kinder und der Arbeitsbedingungen der Angestellten.

Die Abstimmungsvorlage offenbart dabei aber auch starke Interessens-Unterschiede zwischen dem linkem und dem rechten Bürgertum. So hat der Stadtrat zum Mittel der Doppelvorlage gegriffen und lässt über zwei konkurrierende Verordnungen abstimmen. Die Vorlage des Stadtrats und der Schulpflege macht den neoliberalen Charakter des Projekts unmissverständlich klar, wird sie doch als «Tagesschule light» betitelt und ironischerweise von einer FPD-Schulleiterin namens Yasmin Bourgeois mit dem Argument beworben, dass es für die Kinder über Mittag gar kein teures pädagogisches Programm brauche. Dieser gegenüber steht nun eine vom Gemeinderat stark veränderte Vorlage, die wie schon in der aufbau-Ausgabe 109 kurz erläutert wurde. In dieser Gemeinderatsvorlage werden zwei wesentliche Interessengruppen sichtbar. Die Vorlage geht vor allem quantitativ viel weiter als die Tagesschule light. So wird mit der zweiten Vorlage das Projekt mit 126 Millionen pro Jahr um ganze 51 Mio. teurer. Das empört Leute wie die Bourgeois natürlich, weil damit die Tagesschulen dann – man höre recht – «mehr kosten als das heutige Hortsystem». Hier zeigt sich, wie sehr das ursprüngliche Projekt als Sozialabbau bei den Horten konzipiert war.

Streiten sich zwei – verliert die Dritte

Aber diese finanziellen Zusatzkosten der zweiten Vorlage gehen nun nicht – wie man denken könnte – auf die

Forderungen der Gewerkschaften und der Angestellten nach besseren Betreuungsschlüsseln oder den Schutz der Arbeitsbedingungen zurück, sondern auf Interessen einer sozialdemokratischen politischen Vision. Die Tagesschule wird vor allem teurer, weil damit das Betreuungs-Angebot zeitlich ausgeweitet wird und für die Eltern verbilligt wird. Das ist tatsächlich auch für proletarische Familien ein Vorteil und verbilligt für ärmere Familien die Mittagspreise nochmals. Aber die eigentliche sozialdemokratische Zielgruppe sind die besser verdienenden Schichten. Sie profitieren verhältnismässig am stärksten von den billigeren Tarifen der zweiten Vorlage und sie sind es auch, die aus Sicht der Avenir Suisse auf wertvollem weiblichem Humankapital hocken, das für die Wirtschaft freigesetzt werden soll.

Rechtes und linkes Bürgertum liegen sich also vor allem in den Haaren in der Frage, wie viel ihnen diese Arbeitsmarktpolitik wert sein soll. Und der Stadtrat stellt sich offensiv hinter die Vorlage, die einen Sozialabbau verspricht. Und wo bleiben die Interessen der Angestellten? Es ist symptomatisch, dass in diesem Streit um handfesten Zahlen die Forderungen der Angestellten nur unbeziffert in die zweite Vorlage aufgenommen werden. Während sonst um konkrete Kosten gestritten wird, landen nur vage Bekenntnisse zu hohem Anteil an qualifiziertem Personal und angemessenen Gruppengrößen in die zweite Verordnung. Die Hoffnungen des Personals werden damit auf die Ausformulierung der Ausführungsbestimmungen vertröstet. Aber es dürfte klar sein, dass es – falls die zweite Verordnung mit einem quantitativen Ausbau des Angebots angenommen würde – noch schwerer sein wird, nun noch weitere Gelder für den qualitativen Ausbau einzufordern. Mit der Ausweitung des Angebots durch die zweite Vorlage droht also lediglich die Arbeitshetze und -belastung der Betreuungs- und Bildungsarbeit noch ausgedehnt zu werden. So oder so bleiben Angestellten in den Schulen auf sich selbst gestellt und müssen auch nach dieser Abstimmung Kampfstrategien finden, wie sie Druck auf die Ausgestaltung der Ausführungsbestimmungen erzeugen können. Vielleicht bringt das kommende Gewitter eine notwendige Klärung.



Flüchtende während der Nakba.

ZIONISMUS

Warum muss man von links gegen Zionismus sein?

Ende August 2022 wurde in Basel das 125. Jubiläum des ersten Zionistenkongresses von 1897 begangen. Wir nutzen den Anlass, um uns über den Zionismus als Ideologie Gedanken zu machen.

(rabs) Mit massivem Sicherheitsaufgebot und Staatsgästen wurde Ende August in Basel das Jubiläum des zionistischen Kongress von 1897 gefeiert, den sein Initiator Herzl als Geburtsstunde des Staates Israel bezeichnet hat. Ein Artikel zu Zionismus und zur Frage, warum wir als Linke ihn ablehnen, scheint ein heisses Eisen zu sein. Jegliche Kritik am Zionismus, ebenso wie am Staat Israel, wird schnell als antisemitisch angegriffen. Wir gehen das Thema zunächst historisch an.

Anfänge des Zionismus

Der Begriff Zionismus bezieht sich auf «Zion», einen Namen für den Tempelberg in Jerusalem. Im Judentum hat dieser Ort und die Aussicht, dort einen Tempel zu errichten, grosse religiöse Bedeutung.

Die Idee, in Palästina europäische Jüdinnen und Juden anzusiedeln, wurde z.B. schon im 16. Jahrhundert von Papst Clemens VII. aufgeworfen und Jahrhunderte später von Napoleon nach seinem gescheiterten Feldzug gegen Ägypten in seinen Memoiren wieder aufgenommen. Bei verschiedenen imperialistischen Mächten stiess der Plan immer wieder auf Zustimmung.

In der Zeit des aufkommenden Nationalismus in Europa kam auch die Annahme einer jüdischen Nation auf, die (noch) ohne eigenes Staatsgebiet sei. Wie andere nationalistische Bewegungen war auch der jüdische Nationalismus vor allem zu Beginn geprägt von bürgerlichen Männerbünden, oft aus dem studentischen Umfeld. Diese mussten nicht zwingend nur einer Nation anhängen. So gab es Burschenschaften, die gleichzeitig deutschnational und jüdisch national waren. Jüdischer Nationalismus innerhalb anderer Nationalismen war aber kompliziert, da eine antisemitische Haltung zu den meisten Nationalismen dazu gehört(e). Ausserdem hingen nicht alle jüdischen Personen jüdischem Nationalismus und Zionismus an.

Politisch uneins

Europäische Mächte unterstützten den Zionismus von Anfang an aus imperialistischen Motiven, um in der geopolitisch wichtigen Region eine Einflussosphäre zu schaffen. Dabei wurde diese Form des Zionismus von säkularen jüdischen Personen entwickelt und propagiert. Die Religionszugehörigkeiten bot die gemeinsame Klammer für den Nationalismus, der das koloniale Projekt zusammen halten sollte. Religiöse Motive können hier aber eher als vorgeschoben betrachtet werden.

Im religiösen Judentum dauerte es etwas länger, bis der Zionismus positiv aufgegriffen wurde. Gewisse streng religiöse Strömungen lehnen bis heute den Zionismus und den Staat Israel aus religiösen Gründen ab. Staatsgründung durch Menschen wirke Gottes Plänen entgegen, so diese Argumentation. Andere sprachen sich jedoch dafür aus, nicht auf die prophezeite Erlösung zu warten, sondern nachzuhelfen.

Im jüdischen Proletariat fanden jüdischer Nationalismus und Zionismus erst während dem Zweiten Weltkrieg breiten

Anklang. Diejenigen, die für den Zionismus argumentierten, beriefen sich darauf, dass in Palästina ein neuer, sozialistischer Staat gegründet werden könnte. Im Gegensatz zu chauvinistischen zionistischen Strömungen, wollten sie die lokale Bevölkerung einbeziehen. Eine ganz andere Einstellung hatte der «Allgemeine Jüdische Arbeiterbund». Für die Mitglieder des Bunds stand die Klassenposition im Vordergrund. (Zur jüdischen Arbeiter_innenbewegung Osteuropas vgl. aufbau Nr. 6). Sozialistische Gruppen konnten sich innerhalb des Zionismus nicht durchsetzen. Mit der Kibbuzbewegung gelang es ihnen aber bis weit ins 20. Jahrhundert, das Bild eines progressiven Gesellschaftsmodells aufrecht zu erhalten.

Zionismus beruft sich stets auf das Judentum. Er ist aber eine politische Ideologie, und es besteht zwischen beidem kein zwingender Zusammenhang. Gerade evangelikale christliche Gruppen haben sich wiederholt als enge und zuverlässige Verbündete des Zionismus erwiesen, wenn auch aus ungemütlichen Motiven. So gehen sie davon aus, mit der Unterstützung des Staates Israel und damit der Bündelung der verstreuten Jüdinnen und Juden «Armageddon» herbeiführen zu können, und damit die Rückkehr von Jesus. Auch US-Präsident Joe Biden sagte, man brauche kein Jude, keine Jüdin zu sein um Zionist_in zu sein.

Antisemitismus in Europa

Gemeinsam ist den verschiedenen Strömungen des Zionismus, dass sie hauptsächlich in Europa und in den USA verortet waren und sind. Gerade in Europa sind antijüdische Ressentiments historisch und gesellschaftlich tief verankert: Ab dem 14. Jahrhundert sind Pogrome gegen jüdische Gemeinden belegt. Einen furchtbaren Höhepunkt fand das mit der Shoah im Nationalsozialismus.

Während die Verfolgung der Jüdinnen und Juden immer brutaler wurde, gab es bis Kriegsbeginn durchaus noch Gespräche zwischen den Machthabern und zionistischen Organisationen. Die Zionistische Vereinigung für Deutschland und die Jewish Agency versuchten, mit dem Haavaara («Transfer») Abkommen den Interessen der Nazis und den eigenen gerecht zu werden: Das Abkommen ermöglichte es ab 1933 jüdischen Personen, Vermögen bei Emigration nach Palästina, und nur nach Palästina, zu holen. Die Jewish Agency fungierte dabei als Bank. Von den Gebühren errichtete die zionistische Vereinigung Schulungsfarmen, damit die Ausreisewilligen Landwirtschaft lernen konnten. Dies war oft nötig, weil in Europa die Jüdinnen und Juden selten in der Landwirtschaft tätig waren. Ausserdem war das auch nötig, um den Siedlerkolonialismus besser durchsetzen zu können.

Die neuen Siedler_innen kamen nicht in das von zionistischen Grundlagentexten verheissene «Land ohne Volk». Von Anfang an waren sie dafür vorgesehen, die Region zu kolonialisieren. Angesichts der Verwerfungen und Verfolgungen in den meisten europäischen Ländern im Zweiten Weltkrieg entschieden sich jedoch auch viele nicht prozionistische Jüdinnen und Juden, zu einer Flucht aus Europa. Häufige Fluchtziele waren die USA und das heutige Israel.

Vertreibung und Apartheid

1948 wurde der Staat Israel gegründet. Die Region stand seit dem Sykes-Picot-Abkommen zwischen Frankreich und

Grossbritannien von 1916 unter britischem Mandat. Verschiedene zionistische Organisationen hatten sich bereits Jahre oder gar Jahrzehnte zuvor dort angesiedelt. Die Nakba («Katastrophe») erstreckte sich über die Jahre 1947-49 und forderte über 700'000 Vertriebene. Als arabische Gebiete (Ägypten resp. Jordanien zugeschlagen) blieben Gaza und das Westjordanland übrig, viele Vertriebene fanden sich in den Nachbarstaaten wieder, wo ihre Nachkommen bis heute leben. Erst Mitte der 90er Jahre entstand die palästinensische Selbstverwaltung.

Das vom Staat Israel beanspruchte Gebiet ist heute zutiefst segregiert. Mit einer meterhohen Mauer werden israelische Siedlungen in palästinensischen Gebieten geschützt. Viele Strassen dürfen nur von Israelis benutzt werden. Palästinenser_innen müssen sich an Checkpoints täglichen Schikanen durch das israelische Militär aussetzen, auf dem Weg zur Arbeit oder zu Besuchen bei Verwandten. Dörfer sind von ihrem Landwirtschaftsland abgeschnitten Palästinenser_innen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, während in der israelischen Siedlung wenige 100 Meter weiter gut gefüllte Swimmingpools zwischen Rasenflächen stehen. Kurz: Gegenüber der kolonialisierten Bevölkerung Palästinas verhält sich Israel, wie sich eine Siedlerkolonialmacht eben verhält.

Die Konstituierung des Staates über die jüdische Nation hat zur Folge, dass nicht-jüdische Israelis von Rassismus betroffen sind. Die Gesellschaft ist aufgrund des Zustands der Besatzung stark militarisiert. Angst vor Angriffen von Aussen ist stets präsent, trotz des europäischen Aussehens mancher Städte.

Die Antisemitismus-Keule

Die Diskussion in Europa um Palästina/Israel hat diverse, mitunter seltsam anmutende Positionen hervorgebracht. Einerseits rückten gewisse Linke – vor allem in Deutschland – von der antiimperialistischen Position ab und unterstützen den israelischen Staat. Dabei berufen sie sich auf eine kollektive deutsche Schuld. Zudem haben linke Bezugspunkte im palästinensischen Widerstand abgenommen.

Auf der anderen Seite kamen Rechtsextreme von ihren offen antisemitischen Positionen weg und stellen eine neue Freundschaft zu Israel zur Schau. Aus unterschiedlichen Gründen kritisieren diese beiden Seiten den Antisemitismus, wobei gerade die Rechten vor allem links überall Antisemitismus wähen. So werden die Begriffe verwässert und wirklicher Antisemitismus – wie er in Verschwörungstheorien oder im christlichen und muslimischen religiösen Extremismus beobachtet werden kann – wird auf die selbe Stufe gestellt wie die Kritik am israelischen Staat. Zur Verwirrung trägt bei, dass auch Antisemit_innen sich nicht so benennen, sondern «Antizionismus» als Codewort für Juden- und Jüdinnenhass benützt wird. Wenn «antizionistisch» drauf steht, heisst es also noch lange nicht, dass auch «progressiv» drin ist.



Urban Gardening auf Kuba steht für die Versorgung der Bevölkerung statt für die Selbstverwirklichung von pseudo-ökologischen Grossstadthipstern.

KUBA

«Ich denke, es braucht weltweit eine agrarökologische, antiglobalistische Revolution.»

Kuba befindet sich vor grossen Herausforderungen: Stärkung der Privatwirtschaft, Energiekrise, Klimawandel. Wir sprachen mit einem Schweizer Internationalisten und Genossen der „Cuba Solidarität Vilma Espín“, der seit Jahren immer wieder längere Zeit in Kuba lebt, über die Situation auf der sozialistischen Insel. Ein zweiter Teil folgt in der nächsten Nummer.

(gpw) Die kubanische Wirtschaft befindet sich im Umbau. Immer mehr Privatbetriebe werden zugelassen. Was für Veränderungen sind spürbar?

Es ist in Europa und den Metropolen im alltäglichen Leben kaum vorstellbar, wie sich die US-Blockade im täglichen Leben auswirkt und es einschränkt, die Menschen drangsaliert, Projekte erschwert oder zerstört. Deshalb sind Veränderungen immer unter diesem Aspekt zu sehen, was unter dieser brutalen, über 60 Jahre andauernden Blockade überhaupt möglich ist.

Natürlich hat sich in den letzten, sagen wir mal 10-15 Jahren, aber auch viel verändert. Es gibt sehr viele kleine private Initiativen, Geschäfte, Restaurants, Handwerker_innen, Verkäufer_innen, Kulturschaffende, Kleinbäuer_innen usw. Das ist sicher belebend, bereichernd im positiven Sinn und wichtig, dass die Menschen selber initiativ sein können – und es auch sind. Es ist aber auch «bereichernd» im negativen, monetären Sinn. Es geht eine Schere auf: Wieso im Staatsbetrieb arbeiten und sehr wenig verdienen, anstatt mit einem privaten Restaurant, einem Taxi, oder was auch immer, Geld zu machen? Oder man geht direkt ins Ausland, wo die grosse Kohle und der grenzenlose Konsum locken. Andere wiederum haben diese Möglichkeiten nicht, verdienen wenig, und müssen ohne Hilfe aus dem Ausland auskommen. Diese Schere kann man jedoch nicht mit der Situation in andern Ländern Lateinamerikas vergleichen, wo es neben Obdach- und Arbeitslosen wenige superreiche Milliardäre gibt. Diese Schere verändert jedoch auch in Kuba das soziale Gefüge und kann meiner Meinung nach eine Bedrohung sein. Wo die Macht des Geldes einmal Fuss gefasst hat, lässt sie sich nicht mehr einfach zurückdrängen.

Was hat das für einen Einfluss auf das politische Bewusstsein und die politischen Debatten?

Für mich zeigt sich ein grosser Mangel: Durch die politische sehr vertikale Organisation gibt der Staat, resp. die Partei vor, wie was zu machen ist. Für mein politisches Verständnis findet eine gesellschaftliche revolutionäre Debatte in der breiteren Bevölkerung über sozialistische Vorstellungen der Wirtschaft zu wenig statt. Das heisst nicht, dass es diese nicht gibt: Beispielsweise werden in einem Blog des Musikers Silvio Rodriguez, «Segunda Cita» oder in universitär intellektuellen Kreisen oder in einem zivilgesellschaftlichen Zentrum, dem Centro Martin Luther King, das seit 35 Jahren aktiv ist und die kubanische Revolution unterstützt, Themen wie solidarische Ökonomie, würdiges Leben für alle, Partizipation, Emanzipation, Ge-

schlechtergleichheit oder auch Antirassismus debattiert. Aber was wollen die arbeitenden Menschen darüber debattieren, wenn das grösste Problem, die Blockade des US-Imperialismus, alles dominiert, respektive zum Ziel hat, Kuba wirtschaftlich zu zerstören und jede Frau, jeder Mann, jedes Kind jeden Tag massiv davon betroffen ist? Was natürlich nichts anderes heisst als die Frage, was für Ideen, revolutionäre Programme und Beschlüsse man denn unter solch schwierigen Verhältnissen überhaupt umsetzen kann. Wenn du das Messer am Hals hast, kannst du schon über deine Möglichkeiten sinnieren, aber erst muss mal das verdammte lebensbedrohliche Messer weg! Deshalb ist der Kampf gegen die US-Blockade lebenswichtig für die Revolution. Eine Vorstellung von freier, sozialistisch wirtschaftlicher Organisation zu realisieren, muss für uns hier erstmal heissen, Kuba gegen den US-Imperialismus zu unterstützen, die Revolution gegen einen sehr aggressiven Kapitalismus zu verteidigen.

Trotz grossen ökonomischen Problemen gibt es viele Projekte mit einer ökologischen Perspektive. Du hast verschiedene solcher Projekte besucht. Was dünkt dich besonders spannend?

Zuerst generell: Während in der Schweiz ein Bioprodukt ein besonderes, ausgewiesenes Label braucht, um als Bio anerkannt zu sein, ist in Kuba alles Bio – ohne dass es speziell gekennzeichnet ist. Du gehst also auf den Gemüse- und Früchtemarkt irgendwo, und was du kaufst ist Bio. Es ist mittlerweile in der Verfassung verankert, dass die Anwendung von chemischen Pestiziden verboten ist. Man kann sich dies mal in der Schweiz vorstellen, das käme gegen die mächtige Agrar- und Chemiekonzerne mit ihren Handlangern des Bauernverbands nicht im Ansatz durch.

Ich möchte das ökologische Schulprojekt von «Consolación del Sur» vorstellen. Auf dem Schulgelände einer Schule in Consolación del Sur in der Provinz Pinar del Rio gründeten Frauen der nichtstaatlichen Organisation «EcoMujer» ein ökologisches Schulprojekt. EcoMujer ist ein Frauentumweltprojekt, basierend auf dem Ökofeminismus. Auf rund 500 Quadratmeter entstand ein Schulgarten, in dem Schüler_innen zusammen mit Erwachsenen Kräuter und Heilpflanzen, Salate, einheimische Gemüsesorten und Obst anpflanzen. Dazu wird ein verantwortungsvoller Umgang mit der Natur gelehrt, zu gesünder und reichhaltigen Ernährung unterrichtet, oder auch zum bewussten Umgang mit Wasser debattiert. Die Setzlinge stammen von «Agricultura cubana», einer kubaweiten Bewegung für Stadtgärten, die Erde, Pflanzen, und Know-how zur Verfügung stellt. Bei unserem Besuch haben wir auch über die Benutzung von Solarenergie gesprochen und nun beschlossen, ein solches Solarprojekt zu unterstützen. Dies ist zentral wichtig, weil die Energie eines der zentralen Probleme Kubas ist. Die Lage spitzt sich fast täglich zu. Man stelle sich vor: Jeden Tag müssen Köch_innen für 600 Personen kochen – auf einem Holzherd. Es gibt in Consolación del Sur weitere speziell

interessante ökologische Projekte. Weitere Infos gibt es auf unserer Webseite www.vsc-vivacuba.ch.

Es gibt viele Ideen und Projekte zur landwirtschaftlichen Produktion in den Städten. Was kannst du uns darüber berichten?

Es ist ja wirklich genial: Mitten in der Grossstadt Havanna – und natürlich auch in anderen Städten und Ortschaften – werden Gemüse, Süsskartoffeln, Maniok, Salate, Kräuter im grossen Stil angebaut. Eine agrarische Revolution in Kuba mit dem Namen Agricultura urbana – was hier in den Metropolen unter dem Namen «urban gardening» mittlerweile auch schon so etwas wie ein Hype ist – hat den Ursprung in den 1980er Jahren. Organopónicos werden diese agrarischen Produktionsorte genannt, die als kleinere oder auch grössere Produktionskollektive einen wesentlichen Teil der Bevölkerung mit ökologischen Nahrungsmitteln versorgen. Viele Bewohner_innen von Havanna betreiben städtische Landwirtschaft in grossem Stil. Diese auch Guerilla Gardening genannte Produktion wird staatlich gefördert.

Welche Erfolge haben sie zu verzeichnen?

Die Erfolge der «Agricultura urbana» sind mittlerweile beispielhaft für viele andere Länder und Städte vor allem in Lateinamerika – aber auch in Europa. So holten z. B. auch die Gründer_innen der «Prinzessinnengärten» in Berlin Kreuzberg, eines der bekanntesten deutschen Urban Gardening-Projekte, ihre Inspiration während mehreren Kuba-Aufenthalten. Auch hier in Zürichs Umgebung gibt es einige Projekte wie «Ortoloco», «Meh als Gmües» und «Pflanzplatz Dunkelhölzli», die aber alle ausserhalb der Stadt angesiedelt sind.

Zugleich wurde auch begonnen, nach alternativen biologischen Schädlingsbekämpfungsmitteln zu forschen und solche zu entwickeln. Das Wissen dazu wird von Spezialist_innen der Agraruniversität in Havanna in Seminaren weitergegeben. Verteilt werden auch im ganzen Land Broschüren mit Fachwissen, unter anderem durch die 14 von der Gesellschaft für Agrar- und Forsttechnik (ACTAF) betriebenen Musterfarmen des organischen Landbaus. Jede Provinz Kubas hat mittlerweile solche Muster-Fincas, wo organischer Landbau betrieben wird, aber auch Seminare, Workshops und Informationsveranstaltungen zum organischen Landbau stattfinden. Die ACTAF ist ein wesentliches Instrument zur Verbreitung von Fachkenntnissen über Biolandbau.

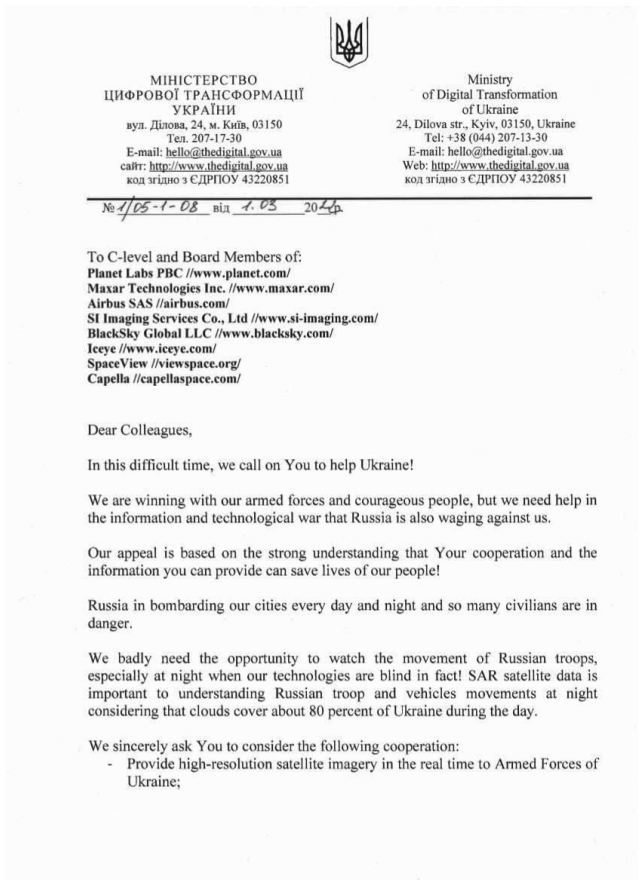
Ich denke, das Beispiel der Organopónicos ist wirklich revolutionär und beispielhaft, da es von den riesengrossen, monopolistischen und umweltzerstörerischen Produktionsflächen kapitalistischer Produktion auf kleine, dezentrale Produktion zielt. Sie wird von den Produzent_innen und nicht von Börsengewinnen kontrolliert und steht auch in naher Beziehung zu den Konsument_innen. Ich denke, es braucht weltweit eine agrarökologische, antiglobalistische Revolution.

DIGITALISIERUNG

Tech-Unternehmen verdienen mit

Digitale Mittel und neue Technologien gewinnen in der Kriegsführung zunehmend an Bedeutung, wie sich auch in der Ukraine zeigt. Im folgenden soll ein Überblick über eingesetzte Technologien der digitalen Kriegsführung gegeben werden.

(agj) Als Russland die Ukraine Anfang des Jahres angriff, war eine der ersten Forderungen seitens Präsident Selenski, die NATO-Staaten mögen das Land mit allen Mitteln unterstützen. Speziell appellierte er an private Unternehmen, welche schnell ihr Interesse bekundeten, ihre Produkte der Ukraine beziehungsweise dem Krieg zur Verfügung zu stellen. Eine der ersten konkreten Forderungen der Ukraine waren nicht etwa Panzer oder Munition, sondern Satellitenbilder. Angefordert wurden diese von Mykhailo Fedorov, welcher stellvertretender Ministerpräsident der Ukraine sowie Minister für Digitale Transformation ist. Öffentlich wurden insgesamt acht private Techunternehmen mit der Begründung Fedorovs angefragt, dass durch die Satellitenbilder taktische sowie strategische Überlegungen Russlands in Echtzeit erkannt werden könnten, was den Kriegsverlauf massgeblich beeinflussen kann.



Teil des öffentlichen Schreibens vom ukrainischen Vizeministerpräsidenten Fedorov an acht private Tech-Unternehmen.

Satellitenbilder für die Strategieentwicklung

Eine der offiziell angefragten Firmen ist Maxar Technologies. Mit und für den Staat zu arbeiten ist für das Unternehmen nichts Neues. Ihr grösster Kunde ist das National Reconnaissance Office, kurz NRO, ein amerikanischer Militärgeschwehndienst. Dieser unterstützt die Firma jährlich mit 300 Millionen Dollar - und kann dafür mitbestimmen, welche Regionen künftig speziell überwacht werden sollen. Die Daten werden mit weiteren NATO-Staaten geteilt und auch die Schweiz ist Kundin der Firma. So spielen kommerziell verfügbare Daten von privaten Firmen eine zentrale Rolle im Krieg - dies dürfte das erste Mal in diesem Ausmass der Fall sein. Neu ist auch, dass alle Bilder der Öffentlichkeit sofort zugänglich gemacht werden. So lässt sich der Krieg praktisch in Echtzeit vom Sofa aus verfolgen, jede Truppenbewegung wird festgehalten und dokumentiert. Doch die Bilder bringen der Ukraine nicht nur militärisch einen Vorteil, sie dienen auch zu Propagandazwecken.

In früheren Konflikten wurden Satellitenbilder oftmals nicht öffentlich gemacht, da es dem Feind auch Vorteile bringen könnte. Im aktuellen Konflikt verfügen beide Seiten aber über genügend Bildmaterial, so dass dieser taktische Vorteil wegfällt. Stattdessen werden Satellitenbilder nun von beiden Seiten entsprechend interpretiert und verbreitet, um die eigene Seite propagandistisch darzustellen. Im Falle Russlands wurden viele relevante Institutionen wie Spitäler und Universitäten von freiwilligen Hackern aufgespürt und entsprechend in den Karten vermerkt. Satellitenbilder suggerieren eine Objektivität, welche in Wahrheit bedeutend geringer ist. Es wird der Welt vorgegaukelt, dass ungefiltert alle wissen sollen, was genau in der Ukraine vor sich geht - auch wenn es sich dabei nur um Momentaufnahmen handelt. Da im Westen rus-

sische Nachrichten grösstenteils zensiert werden, kriegen die Leser_innen hierzulande fast ausschliesslich Bilder zu sehen, welche von der Ukraine abgesegnet werden. Mit diesen Satellitenbildern wurden bisher auch ukrainische Gegenschläge legitimiert, im Stil von «Wenn die das dürfen, dürfen wir das erst recht.» Fedorov verteidigt sich gegen die Kritik, dass Satellitenaufnahmen von seinem Land auch gefälscht werden könnten: Andere Unternehmen können diese Fakes ja sofort enttarnen. Praktisch dürfte sich das aber schwieriger gestalten, wenn ein Grossteil der Firmen für die Ukraine oder die NATO arbeiten und von diesen finanziert werden.

«Predictive Data» durch künstliche Intelligenz

Krieg bringt Geld. So bewarben sich seit Beginn des Konfliktes auch Firmen aus eigenem Interesse bei Selenski und Co., darunter auch Alex Karp, CEO von Palantir Technologies, über welche bereits in der letzten Ausgabe (Nummer 109) berichtet wurde. So schrieb Fedorov Anfang Juni mit grosser Begeisterung auf Twitter, Karp sei der erste CEO aus dem Westen, welcher das Land seit der Invasion besuche und seine Technologie dem Land anbiete.

Im Ukrainekrieg wird offensichtlich, dass sich übergeordnet weiterhin Russland und die USA/NATO bekämpfen. Gerade letztere zeigen sich sehr grosszügig mit der Finanzierung neuer Technologien und Firmen. Auf der anderen Seite scheint es mittlerweile schon dazuzugehören, dass man den Staat auf seiner treuen Kundenliste vorweisen kann. Palantir wurde von Beginn an finanziell von der CIA unterstützt. Die Verstrickung von Staat und Kapital gehört in dieser Branche zur Normalität. Für sie gibt es kaum bessere Werbung, als sich in den Ukraine Konflikt einzumischen, wohlmöglich mit aller Grosszügigkeit die eigene Software gratis zur Verfügung zu stellen, um dann später zeigen zu können, dass die eigene Technologie zu einem raschen Kriegsende führte. In der Ukraine wird konkret die Software «Palantir Gotham» eingesetzt. Diese analysiert diverse Marker und Faktoren und kann eine taktische «Vorhersage» treffen, mit welcher der Feind am besten bekämpft werden kann. Der Krieg bietet Palantir eine aussergewöhnliche Möglichkeit, die Software weiterzuentwickeln.

Eine weitere, schon bekannte und nicht weniger in der Kritik stehende Firma ist Clearview, über welche in der Ausgabe 107 ebenfalls bereits berichtet wurde. Auch sie stellt ihre Software der Ukraine gratis zur Verfügung. So habe das Unternehmen laut eigenen Angaben total 2 Billionen Bilder von der russischen Social Media Plattform «VKontakte» in ihrer Datenbank. Damit können Personen mittels Künstlicher Intelligenz identifiziert werden. Diese Datenmenge entspricht ungefähr einem Fünftel der gesamten Bildmenge der Firma. Daher muss die Datensammlung schon lange und auch für andere Zwecke angelegt worden sein. Laut Clearview wird dies genutzt, um tote russische Soldaten zu identifizieren und damit die Propaganda seitens Russlands zu reduzieren. So seien bislang nämlich weniger russische Soldaten gefallen, als diese behaupten würden. In Wirklichkeit könnte Clearview aber dazu genutzt werden, um potenziell strategisch wichtige russische Personen zu identifizieren und gezielt anzugreifen oder ihre Identität nach dem Tod zu bestätigen. Diese Daten können auch genutzt werden, um sich bei der Familie der toten Person zu melden und dort zu Informationen zu kommen. Solche Daten können den Kriegsverlauf massgeblich prägen. Der CEO von Clearview Hoan Ton-That bleibt nebulös, wofür die Software wirklich in der Ukraine eingesetzt wird, er vertraue hier ganz auf das Land.

Neue Chip-Technologien

Offiziell werden Hardware-Technologien nie für den Krieg, sondern immer für private Zwecke für, Unternehmen oder zur strategischen Sicherheit genutzt. Es ist heuchlerisch, dass die Hersteller schockiert sind, wenn Teile ihrer Entwicklung im Krieg genutzt werden. So auch die Firma «U-Blox» aus Thalwil, deren Chip in der Ukraine aufgetaucht ist. Er ist essenzieller Bestandteil der russischen Orlan-10 Überwachungsdrohne, welche zuletzt auch mit Munition beladen und geflogen wurde. Man stelle Chips für jede Menge Drohen her, meint das Unternehmen, nur könne man nicht kontrollieren, wofür die Drohnen jeweils eingesetzt werden. Dass solche Unternehmen gerade im Bereich der Überwachung eine Vorreiterrolle einnehmen und dabei nicht fähig sind, ihre eigene Technologie zu verfolgen und zu überwachen, ist eine einfache Ausrede.

Es ist klar, dass es beim Krieg in der Ukraine auch um einen Wettstreit um die besten privaten Tech-Unternehmen geht, und zwar grob gesagt zwischen den Blöcken der USA/Nato und Russland. Dass sich private Unterneh-



Selenski und Alex Karp im Juni 22.

men so direkt den Kriegsverlauf einmischen, ist auf allen Seiten selbstverständlich, so wertvoll sind die Technologien und damit die neuen Möglichkeiten.

Wie bei jeder Technologie trägt auch die Kriegstechnologie den Fingerabdruck ihrer Hersteller_innen. Wenn Profitmaximierung in Aussicht steht, gibt es keinen moralischen Kompass. Viele Firmen, auch aus der Startup Szene, wollen sich in diesem Krieg profilieren und Teil des möglichen Erfolgs sein. Ob es sich dabei um Satellitenbilder, Drohnenchips, Gesichtserkennung oder taktische Vorhersagen mittels Künstlicher Intelligenz handelt: Die digitalen Waffen und Systeme haben sich weiterentwickelt und an Bedeutung gewonnen. Inwiefern sie den Krieg beeinflussen, wird sich unter anderem in der Ukraine zeigen.

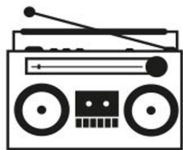
Doch obwohl sich viele Nachrichtendienste und Sicherheitsunternehmen mehr mit Cyberkrieg beschäftigen, werden «klassische» Kriegsmittel wie Raketen, Panzer, Soldatenheere und so weiter nicht so schnell ersetzt werden. Tatsächlich können Staaten mit neuer Technologie Vorteile für sich erreichen, sei es militärisch, taktisch etc. Sich in einem dieser Bereiche relativ zum Feind zu verbessern, kann den Kriegsverlauf verändern und damit auch ein Unternehmen neu positionieren.

Die im Krieg eingesetzten Technologien werden von Unternehmen wie eben dem des Thalwiler Start-ups «U-Blox» entwickelt. Die Kritik an diesen Firmen muss nicht theoretisch bleiben, sondern kann beispielsweise durch Sabotage der Infrastruktur praktisch werden.

Gerade autonome Hacker_innen, welche auf der Seite Russlands in den letzten Monaten bekannter wurden, haben es durch ihre Interventionen geschafft, mindestens kurzfristig die USA erzittern lassen, nachdem diverse Serverstörungen aufgetreten sind.

Perspektivisch wird die Verteidigung im Cyberspace wichtiger werden. Wie die Bedeutung dieser Technologien nach dem Konflikt eingeordnet werden, wird sich zeigen.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org



Häuserkampf am Sihlquai in Zürich

INTERVIEW HÄUSERKAMPF

«Bleibt optimistisch! Zieht nicht aus!»

Seit Ende 2020 tobt ein Häuserkampf am Sihlquai im Zürcher Kreis 5. Mieter_innen, später auch Zwischenmieter_innen und Besetzer_innen wehren sich gegen den Plan der Eigentümerin Coop Immobilien und der Zwischennutzungsfirma Intermezzo. Interview mit einer beteiligten Person.

(agj) Was ist der aktuelle Stand am Sihlquai?

Eigentlich wollte Coop am 1. April in beiden Häusern mit den Bauarbeiten beginnen. Sie hatten gehofft, dass alle bis dann draussen sind. Die Schreinerei im Erdgeschoss hat einen anderen Mietvertrag als die Bewohner_innen und kann daher wahrscheinlich bis 2027 bleiben. Die Vertragsverhandlungen sind noch am laufen. Coop will um die Schreinerei herum bauen. Es ist noch nicht klar, wie das ausgehen wird. Die Untermieter_innen, die über Intermezzo gemietet haben, hätten eigentlich am 31. März raus müssen, aber tollerweise haben verschiedene Leute den Anfangsmietzins angefochten und danach im Januar auch eine Erstreckung der Mietverhältnisse gerichtlich beantragt.

Und wie haben Coop Immobilien und Intermezzo reagiert?

Diese Schlichtungsverhandlungen liess Intermezzo zwei Mal sehr kurzfristig platzen, sodass sie nun im Juni stattfinden. Sprich: Die Zwischenmieter_innen können sicher bis dahin noch bleiben und sehr wahrscheinlich bis September 2022, da eine einzige Mietpartei der ursprünglichen Mieter_innen vor Mietgericht eine Erstreckung bis September bekommen hat. Wir werden sehen, wie Coop tatsächlich mit Bauen beginnen will. Wir wissen auch als Mietende nicht, was ihre Pläne genau sind. Sie haben aber jetzt beide Häuser nochmal abgesichert. Es stehen wieder Sicherheitsleute vor der Tür. Am 1. April bei der Schlüsselabgabe der Zwischenmieter_innen ohne Erstreckungsverfahren ist Coop sehr aggressiv aufgetreten. Sie stehen unter grossem Druck.

Was hat euch am Anfang ermutigt, die Kündigung, im Gegensatz zu vielen anderen Betroffenen, nicht einfach hinzunehmen, sondern euch zu organisieren und zu wehren?

Coop Immobilien hat alle Mieter_innen zu einem persönlichen Gespräch eingeladen, oben im Swiss Mill Tower, und Kaffee und Schokolade und so angeboten und betont, was

für ein Privileg es sei, dass man hier oben dieses Gespräch führen dürfe mit diesem tollen Blick über die Stadt. Und dann im Gespräch haben sie uns allen gekündigt. Diese Art und Weise hat uns sehr wütend gemacht, verständlicherweise. Wir Mieter_innen haben uns dann sehr schnell getroffen, konnten reden und uns austauschen. Das war wichtig, zu sehen, dass man nicht alleine ist.

Ausserdem haben die Häuser eine spezielle Geschichte. Sie wurden 1899 erbaut hier am Sihlquai und stehen sinnbildlich für dieses Industriequartier und dieses Arbeiter_innenquartier. Viele der langjährigen Mieter_innen haben auch die 90er-Jahre in diesen Häusern verbracht. Sie haben den Platzspitz erlebt, den Strassenstrich, der vor ihrer Haustür stattfand, und auch sehr viel Gewalt. Sie haben sich einfach gesagt: Hey, wir haben damals in diesen Häusern gewohnt und wir sind nicht gegangen, wir sind geblieben. Wir möchten hier wohnen und wir lassen uns nicht einfach so vertreiben!

Was habt ihr aus dem Kampf um eure Häuser gelernt?

Wir haben alle ganz viele unterschiedliche Dinge gelernt. Das ist vielleicht bei allen ein bisschen anders. Aber das Entscheidende ist, dass wir das gemeinsam machen, dass wir eine Gruppe und dadurch viel stärker sind und uns gegenseitig unterstützen können. Das hat wahnsinnig viel Kraft gegeben in diesen zwei Jahren – nein, nicht zwei Jahre – ein Jahr, mir kommt alles schon so lange vor. Wichtig ist auch die ganze Öffentlichkeitsarbeit, die wir gemacht haben. Wir haben versucht, alle Leute irgendwie auf dieses Thema aufmerksam zu machen, mit den beschränkten Mitteln, die wir haben. Wir haben sehr schnell gemerkt, dass es ein Problem ist, das viele Menschen in dieser Stadt bewegt. Es ist eine existenzielle Angst da, dass man eine Wohnungskündigung erleben könnte und sein Zuhause verlieren. Wir haben gelernt: Zusammen sind wir stärker! Wir haben erlebt, dass sehr viele Menschen durch diese Geschichte bewegt wurden, und das ist wahnsinnig schön.

Was möchtet ihr anderen Betroffenen von Leerkündigungen aber auch solidarischen Menschen, die Mieter_innen unterstützen, mit auf den Weg geben?

Bleibt optimistisch! Zieht nicht aus! Verliert nicht die Nerven! Wichtig ist, dass man sich zusammenschliesst, organisiert und dieses Problem nach aussen trägt. Denn es ist ein Riesenproblem in der Stadt Zürich, diese Leerkün-

digungen. Es sind viele Menschen betroffen und es werden immer mehr. Dadurch, dass wir an die Öffentlichkeit gegangen sind, haben wir sehr viel Unterstützung erfahren. Viele solidarische Menschen und Gruppen haben sich bei uns gemeldet. Das war schön.

Wie hat die Organisation der Mieter_innengruppe funktioniert?

Das Wichtigste ist wirklich, dass man nicht die Nerven verliert, dass man Geduld hat und sich gegenseitig unterstützt. Wir als Mieter_innengruppe haben diesen gemeinsamen Fokus, diesen gemeinsamen Kampf, wir wollen in diesen Häusern bleiben, wir wollen dieses Bauprojekt verhindern, aber wir haben sonst sehr diverse und unterschiedliche Meinungen und das ist manchmal auch schwierig. Daher ist es zentral, die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen, auch für Menschen, die sich solidarisieren möchten, dass man wirklich mit den Mieter_innen, mit den Betroffenen die Gemeinsamkeiten hervorhebt und die Differenzen ein bisschen bei Seite lässt.

Das Interview wurde in der Sendung zum Stadtpaziergang der Stadtgruppe auf Radio LoRa ausgestrahlt und lässt sich nachhören:

https://soundcloud.com/radio_lora/stadtpaziergang-10-04-22

Coop wollte die Häuser am Sihlquai mit Umweg über die Zwischennutzungsfirma Intermezzo leerkünden und dann umbauen. Coop und Intermezzo gingen taktisch vor, um mit ihrem Vorgehen nicht ins Rampenlicht zu gelangen. Doch die Bewohner_innen und Besetzer_innen machten genau dies: Das taktische Vorgehen der Immobilienfirmen in die Öffentlichkeit tragen. Neben den Verhandlungen um die Häuser kam es, wie gesagt, zur Besetzung von Wohnungen. Weiter gab es eine Kundgebung, ein Stadtpaziergang, Comics und Plakate in Solidarität mit den widerständigen Bewohner_innen. Häuserkämpfe wie dieser zeigen den Immobilienfirmen, dass sie mit Widerstand rechnen müssen. Und der Widerstand kann weitere Kämpfe inspirieren. Die Aktionen, Plakate und Communiqués rund um die Häuser am Sihlquai können auf barrikade.info nachgelesen werden.

MERKE



Immer wieder begleiten neue Bullen die szenekennenden Einsatzleiter.



Seit einem Jahrzehnt Fotograf mit reaktionärer Tendenz



Die zwei Zivis mit einsatzleitender Funktion kommen immer wider auf Tuchfühlung mit der Demo... das müssen wir ändern...



Menschliche Arbeitskraft hinter der Kryptowährung:
Bitcoin-Mining-Hardware, die in China verschoben wird.

BITCOIN

Eine Einordnung

Bitcoins sind in aller Munde, und auf vielen Rechnern aller Art finden sich Programme zum Berechnen und Verwalten von Bitcoins. Was jedoch ein Bitcoin hinter der Erscheinungsebene darstellt, ist immer wieder Thema von Debatten.

(gpw) Bitcoin ist die älteste und gleichzeitig die bekannteste Kryptowährung. Bei der Entwicklung der Blockchain, der Technik hinter den Kryptowährungen, stand die Idee, die Transaktionskosten und teilweise die Kontrolle bei Online-Zahlungen zu reduzieren. Banken und (Regulierungs-) Behörden sollten umgangen werden, indem Zahlungen direkt von einer Person zur anderen (peer to peer) vollzogen werden können. Angestrebt und teilweise schon erreicht ist, dass Bitcoins die Funktionen von Geld übernimmt. Sollte das gelingen – was völlig unsicher ist – erhielte es den Gebrauchswert von Geld, nämlich gegen jede andere Ware austauschbar zu sein. Anders als Geldscheine oder Buchgeld auf Bankkonten, die einen Wert nur repräsentieren, enthielte Bitcoin tatsächlich einen analogen Wert. Es wäre dann mit Gold vergleichbar, das ebenfalls den Wert seiner Schürfarbeit enthält.

Eine bessere Welt ohne Banken?

Die verschiedenen Erklärungsversuche, weshalb sich Kryptowährungen durchgesetzt haben und was ihr eigentlicher Gebrauchswert und Tauschwert ist, sind so vielfältig wie die Positionen, die hinter den jeweiligen Analysen und Erklärungen stehen.

Eine der hauptsächlichen Ideen bei der Entwicklung der Kryptowährung, die Finanzinstitute aussen vor zu lassen, ist längst in den Hintergrund gerückt. Einerseits handeln heute praktisch alle Finanzinstitute mit Bitcoins und andern Kryptowährungen. Viel wichtiger ist die falsche Analyse der Rolle von Banken. Diese sind nur noch zu kleinen Teilen hauptsächlich Vermittler im Finanzwesen. Vielmehr sind die Banken eng verwoben mit den Konzernen, und Konzerne betreiben teilweise bankähnliche Abteilungen. Diese Verschmelzung nannte Lenin «Finanzkapital»

Im Artikel «Bitcoin: Die letzte und höchste Form der Finanzspekulation»¹ wird die Frage aufgeworfen, ob Kryptowährungen ein «Embryo einer nachkapitalistischen Welt» seien. Diese Fragestellung wird im Artikel mit der Begründung verneint, dass die Online-Welt längst nicht allen zur Verfügung steht und die relative Stabilität nicht gegeben sei.

Vergessen geht dabei, was die kapitalistische Produktionsweise tatsächlich ausmacht. Es sind nicht die Banken oder die Kontrolle von Zahlungsmitteln. Zentrale Kritik an dieser Produktionsweise ist die Aneignung von Mehrwert, den das Proletariat erarbeitet, durch die Bourgeoisie. Daran wird eine Veränderung der Zahlungsmittel nichts verändern.

Der (Tausch-)Wert und Gebrauchswert

Der Gebrauchswert eines Autos ist es, von A nach B zu gelangen oder damit anzugeben, der Gebrauchswert eines Fernsehers ist es, sich unterhalten zu lassen oder Nachrichten anzusehen. Der Gebrauchswert von beispielsweise

Bitcoins als eine der Kryptowährungen ist derselbe wie von jedem anderen Zahlungsmittel. Es können damit Waren eingekauft werden, und sie können an den Börsen gehandelt werden, wie zum Beispiel Gold. Dass Bitcoins «nur» das Resultat verschiedener Berechnungen, sind ändert daran nichts.

Dies führt uns direkt zum Wert. Der Wert einer Ware setzt sich zusammen aus der gesellschaftlichen Arbeit, die in ihr steckt. Je mehr Arbeit in einer Ware steckt, desto höher ihr Wert. Dies ist der Grund weshalb der Wert eines Autos höher ist als der Wert eines Fahrrads, selbst wenn der Gebrauchswert sehr ähnlich ist, wenn Standort A und Standort B nur 500 Meter auseinander liegen.

Die Produktion von Bitcoins

Wie jede andere Ware werden Bitcoins durch gesellschaftliche Arbeit – lebendige und vergangene – produziert. Die lebendige leisten Schürfer_Innen (Miners), die von allem Computerarbeit im Bitcoin vergegenständlichen. Diese lebendige Arbeit ist auf Produktionsmittel angewiesen, welche vergangene Arbeit enthalten. Das sind Rechner, Betriebssysteme, Software, welche komplexe kryptographische Berechnungen bzw. Transaktionen durchführen und dabei ein weiteres Produktionsmittel verbrauchen: Immense Mengen von Energie. Wenn diese Transaktionen dann in die Blockchain geschrieben werden, entsteht eine Ware mit einem Gebrauchswert und einem Wert. Letzterer besteht eben in der beschriebenen lebendigen und vergangenen Arbeit, die für die Produktion des Bitcoin geleistet werden musste. Die Blockchain ist dabei ein transparentes, virtuelles dezentralisiertes »Geschäftsbuch«, das alle Transaktionen enthält. Diese kurze Beschreibung möchten wir nun noch etwas genauer erläutern.

Der Wert einer Ware geht, wenn diese Produktionsmittel ist, immer auf die neue Ware über. Werden mit einem Hammer tausend Sichel geschmiedet, geht ein tausendstel des Wert des Hammers auf jede Sichel über. Wird ein Roboter bei VW bei der Herstellung von zehntausend Autos benutzt, geht ein Zehntausendstel des Werts des Roboters in jedes Auto ein.

Die Entwicklung und der Bau von Rechnern, von der CPU bis zum Monitor, ist eine Arbeit, die der Berechnung von Bitcoins vorausgehen muss. Selbstverständlich braucht es für die verschiedenen Arbeiten, die dafür notwendig sind weitere Arbeiten, die vorangegangen sein müssen. Vom Abbau von Rohstoffen bis zur Ausbildung entsprechender Arbeitskräfte.

Es braucht Elektrizität und ein Betriebssystem, um den Rechner in Betrieb zu nehmen. Alles tote oder vergangene Arbeiten, die Voraussetzung für das Schürfen von Bitcoins sind.

Würden wir denselben Rechner zum Spielen benutzen, würden wir diese Ware einfach konsumieren, und die vergangenen Arbeiten würden sich nicht verwerten. Schürfen wir mit diesem Rechner jedoch Bitcoins – das gilt für Firmen, die hauptsächlich Bitcoins generieren wollen und dafür eine Infrastruktur aufbauen genau so –, kommt ein neues Element hinzu. Der Rechner und die Elektrizität werden nicht einfach für den Konsum verwendet. Viel mehr wird Arbeit hineingesteckt, lebendige Arbeit, wo-

durch der Rechner zu einem Produktionsmittel wird und die vergangene Arbeit von der Rechnerhardware über die Software bis zur Elektrizität sich verwertet.

Wichtig ist hier noch die Bemerkung, dass der Wert meines Bitcoins nicht höher ist, weil ich einen langsameren PC habe und dieser deshalb länger hat als andere. Es gilt die gesellschaftlich notwendige durchschnittliche Arbeit, die es für die Berechnung braucht.

Die Zirkulation der Bitcoins

Der Wert wäre daher eine theoretisch berechenbare Grösse. Anders sieht es beim Preis eines Bitcoins aus. Dieser wird durch Angebot und Nachfrage ermittelt. Da der Preis zur Zeit hauptsächlich durch die Spekulation an Börsen festgelegt wird, ist dieser ohnehin nicht berechenbar. Was auf der Erscheinungsebene aussieht wie ein Run auf etwas Neues an den Börsen, hebt jedoch etwas im Hintergrund hervor.

Die Angst vor der nächsten Finanzblase

Keine Publikation über Kryptowährungen kommt ohne Warnung vor einer Finanzblase und einer sogenannten Kurskorrektur an den Börsen aus. Blasen entstehen, wenn die Nachfrage nach einer Ware das Angebot massiv übersteigt. Das ist in den letzten Jahren der Fall gewesen: Bitcoin wurde und wird an der Börse zu einem viel höheren Preis gehandelt, als seinem Wert entspricht. Eine Blase kann sich langsam entleeren oder explosionsartig platzen. Der Börsenwert von Bitcoin hat sich in den letzten Monaten mehr als halbiert.

Was passiert, wenn eine Blase platzt, konnten wir in den letzten 20 Jahren gleich zweimal im grossen Stil beobachten. Die New Economy in den 2000er Jahren wie die Spekulation mit Baukrediten, die 2008 zur Finanzkrise führte, waren Blasen, die nur entstehen konnten, weil es an den Börsen keine anderen lohnenswerten Investitionsmöglichkeiten gab.

Ein solcher Crash ist bei Bitcoin genau so möglich, früher oder später sogar wahrscheinlich. Während beim Crash der New Economy Konzerne und kleinere Firmen Konkurs gingen und viele ihre Arbeit verloren haben, traf das Platzen der Blase 2008 viele Arbeitsplätze, und noch mehr Proletarier_Innen konnten sich auf einen Schlag ihre Wohnung, ihr Haus oder auch die Schule nicht mehr leisten.

Der Preis eines Bitcoins kann zusammenbrechen, wird jedoch nicht auf Null fallen, solange es einen Gebrauchswert gibt. Sollten Staaten die Benutzung von Bitcoin verbieten oder einschränken, wird die Technik überholt oder es gibt einfach neuere und attraktivere Kryptowährungen, die sich gegen Bitcoin durchsetzen. In diesem Fall ist ein vollkommener Zusammenbruch denkbar. Wenn der Preis den Wert nicht mehr erreicht, wird auch niemand mehr Bitcoins schürfen.

¹ <https://www.marx21.de/bitcoin-blase-kapitalismus-finanzspekulation/>

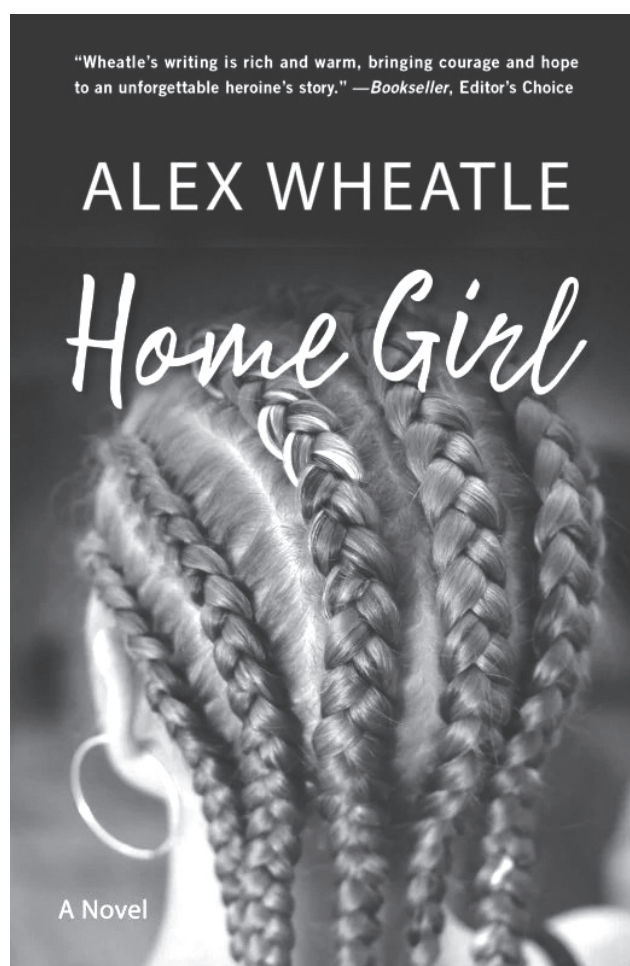


Nicolás Rodríguez Bautista & Antonio García: Predigt und Patronen. Eine Geschichte der ELN-Guerilla in Kolumbien.

(agkkz) Das Buch wurde von zwei Kommandanten der ELN, der Ejército de Liberación Nacional, verfasst. Sie nehmen uns mit in die 60er-Jahre, als auch in Kolumbien eine Welle der Rebellion durch das Land fegte. Ob auf dem Land oder in den Städten, überall kam es zu Massenprotesten, Streiks und militanten Aktionen. Es war die Zeit, als der revolutionäre Befreiungstheologe Camilo Torres die Massen begeisterte und ihnen eine Stimme gab. Es war die Geburtsstunde der ELN.

Aus der Sicht eines 13-jährigen Jungen lassen uns die Autoren an jenen Tagen teilhaben. Dabei lassen sie die historischen Ereignisse durch ihre Erinnerungen lebendig werden. Sie legen Zeugnis ab von den Vorbereitungen und später den ersten Schritten der heute ältesten aktiven Guerilla Lateinamerikas. Sie erzählen vom Leben im ländlichen Kolumbien, von bitterer Armut, Unterdrückung und Niederlagen, aber auch von Entschlossenheit und Mut, vom kollektiven Handeln und Siegen. Sie nehmen uns mit in den Alltag der Guerilla und lassen uns miterleben, wie Camilo Torres zu einem Kämpfer der ELN wurde.

Die damaligen Ereignisse geschahen vor dem Hintergrund der erfolgreichen kubanischen Revolution, die der Rebellion in Kolumbien nicht nur Hoffnung, sondern auch praktische und theoretische Erkenntnisse sowie Unterstützung bot. Ein weiteres, bis heute prägendes Merkmal der Situation in Kolumbien, stellt die lange und allgegenwärtige Geschichte brutaler Repression und gewaltsamer Konflikte dar. Als die ELN 1963 ihren ersten Marsch in die Berge antrat, befand sich unter ihnen nicht nur der junge Nicolas, der heute als Kommandant „Gabino“ bekannt ist, sondern auch erfahrene Kämpfer, die bereits in den 50er-Jahren während der „Violencia“, dem blutigen Aufstand gegen die vorherrschenden Konservativen, zur Waffe gegriffen hatten. Wenn die Autoren ihre älteren Compañeros die Erfahrungen aus diesen vergangenen Kämpfen schildern lassen, wird die historische Kontinuität des Kampfes des kolumbianischen Volkes für ein Leben in Würde und Freiheit fassbar und es wird deutlich, weshalb sie alle „die Kinder einer Nacht sind, die nicht enden will.“



Alex Wheatle: Home Girl: or The Miseducation of Naomi Brisset

(az) Alex Wheatle, der britische Autor karibischer Herkunft, dessen Werdegang zum Schriftsteller in der viel beachteten Filme-Reihe „Small Axe“ verewigt wurde, schreibt Jugendbücher, die auch Erwachsene begeistern können.

In Home Girl wagt er eine weisse 14-Jährige als Hauptperson zu wählen, obwohl er normalerweise schwarze Jungs ins Zentrum stellt. Naomi hat schon viel erlebt und zahlreiche Pflegefamilien hinter sich gelassen, eigentlich möchte sie alleine leben, also sorgt sie dafür, dass sie aus jeder Pflegefamilie rausfliegt. Nun wird sie bei den Goldings untergebracht, nur als Übergangslösung, sagt ihr die Sozialarbeiterin, denn die Goldings sind schwarz und das britische System versucht „falsche kulturelle Beeinflussung“ zu vermeiden, weshalb die Goldings eigentlich gar nicht in Frage kommen. Diese Regel wurde aus gutem Grund eingeführt, um die kulturelle Identität nicht-weisser Kinder in weissen Pflegesettings zu schützen. Sie entwickelt hier aber absurde Blüten und zeigt ohne theoretische Belehrung und Aufwand, dass soziale Verhältnisse vielfältiger und komplexer sind, und dass Gesetze sozialen Problemen kaum angemessen begegnen können.

Besonders interessant und aktuell im Rahmen der Diskussionen über kulturelle Aneignung ist die Frisur, die auf dem Buchcover abgebildet ist. Die neue Pflegemutter hat auf Naomis Wunsch fünf Stunden lang geflochten und Naomi ist überglücklich. Der Sozialarbeiterin allerdings bereitet die Frisur grosse Sorgen, denn sie wird nun Formulare ausfüllen müssen, in welchen sie das „Fehlverhalten“ der Pflegemutter melden muss. Und in der Schule führen die Zöpfchen sofort zu harten Konfrontationen, nicht einfach zwischen schwarzen und weissen Mädchen, sondern zwischen allen, am härtesten unter den schwarzen Mädchen. Haare und Frisuren sind wichtig und erlebter Ausdruck von Kultur, das wird in dieser Erzählung klar. Was allerdings der richtige Umgang damit sein kann, ist viel weniger klar. Denn Alex Wheatle setzt auf die differenzierte Auseinandersetzung mit dem Thema, ohne einfach Antworten zu liefern und ohne Happy End - aber mit Enden, die Perspektiven eröffnen und bestärken sollen.

Auf Deutsch: Home Girl, Verlag Antje Kunstmann,

15. August 2022

38 Jahre bewaffneter Kampf der PKK in Kurdistan



Broschüre: 38 Jahre bewaffneter Kampf der PKK in Kurdistan

Vor 38 Jahren begann die Arbeiterpartei Kurdistans den bewaffneten Kampf. Mit der Offensive vom 15. August 1984 und der Ausrufung der Befreiungskräfte Kurdistans (HRK) wurde der Kampf gegen den türkischen Kolonialfaschismus auf ein völlig neues Niveau gehoben. Die Angriffe auf die Posten der türkischen Besatzungsmacht in Eruh und Şemzînan mögen zwar militärisch eine verhältnismäßig kleine Bedeutung gehabt haben und doch öffneten sie ein neues Kapitel in der jüngeren Geschichte Kurdistans, der Türkei und des Mittleren Ostens. Während nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 eine bleierne Schwere das ganze Land beherrschte, durchbrach der Klang der ersten Schüsse am 15. August die Todesstille.

Erhältlich bei redaktion@aufbau.org, in unserem Vertrieb oder auf widerstandsvernetzung.org. Der Vertrieb (Kanonengasse 35 (im Hinterhaus, Eisentreppe), Zürich ist jeden Samstag von 12:00-17:00 Uhr geöffnet.

FOTOGRAFIE

Proletarischer Alltag im Hochformat

Durch die massenhafte Verbreitung von Smartphones und die Etablierung von digitalen Bildplattformen wie Instagram, findet heutzutage eine nie gesehene Amateur-fotokultur statt. Das Potenzial, diesen Umstand für eine moderne Praxis der politischen Arbeiter_innenfotografie zu nutzen, ist jedoch noch nicht ausgeschöpft.

(agafz) Vor einigen Monaten war an dieser Stelle ein Artikel über die Arbeiter_innenfotografie zu lesen, deren Ursprünge Ende der 1920er-Jahre in der kommunistischen Bewegung Deutschlands zu finden sind. Der Fokus lag unter anderem auf der Frage, welches Potenzial das Fotografieren als politisches Instrument bietet und wie die Vision von damals in die Gegenwart transportiert werden kann. Zum Schluss wurde auf die klassenkämpferische Qualität der bewussten Aneignung der Fotografie hingewiesen, welche nicht an technologische Entwicklungen gekoppelt ist. Im nachfolgenden Artikel soll diese Aussage überprüft werden, unter der Berücksichtigung der sich stark veränderten Medien- und Fotografielandschaft im Vergleich zu den analogen Amateurfotografien.

Heutzutage besitzen weltweit über 80% der Weltbevölkerung ein Smartphone, in der Schweiz sind es sogar mehr als 95%. Im Hinblick auf die Fotografie heisst das, dass unzählige Menschen täglich eine Kamera mit sich tragen und dadurch in der Lage sind, den persönlichen Alltag visuell zu dokumentieren. Die wiederkehrenden Werbekampagnen von Apple, die prominent und grossflächig ein mit dem iPhone aufgenommenes Foto zeigen und darunter den dazugehörigen Hinweis auf das neu verfügbare Modell in der Reihe liefern, lassen den heutigen Stellenwert der Kamera-Funktion bei Smartphones erahnen. Parallel zur Modernisierung von Kamerasystemen haben sich auch die Medien für deren Veröffentlichung stark gewandelt. Gerade im Zusammenhang mit privaten bzw. amateurhaften Fotografien haben Social-Media-Plattformen wie Instagram oder Facebook im letzten Jahrzehnt eine dominante Rolle eingenommen. Auf Instagram werden zurzeit täglich fast 100 Millionen Bilder und Videos hochgeladen.

Insenzierte Authentizität

Diese Umstände verleiten zur Annahme, dass die Voraussetzungen für das Praktizieren und Verbreiten einer proletarischen Amateur-Fotokultur optimal sind. Nie zuvor waren so viele Arbeiter_innen mit einer Kamera ausgestattet und dadurch in der Lage – wesentlich schneller als bei gedruckten Zeitschriften – der Öffentlichkeit Bilder aus dem Leben der Arbeiter_innenschaft zu vermitteln. Jedoch gilt es beim heutigen Vergleich mit dem Umgang von Amateur_innen auf

digitalen Bild-Plattformen wie Instagram und der Fotografie als politische Waffe verschiedene Faktoren zu berücksichtigen.

Einerseits stellt sich die Frage nach den Interessen und Funktionsweisen der Social-Media-Unternehmen. So folgen beispielsweise Instagram und Facebook den Kapitalinteressen des US-amerikanischen Technologieunternehmens Meta und richten ihre Anwendungen danach aus, möglichst zielgerichtete Werbung platzieren zu können und interessieren sich daher nur beschränkt dafür, auf die individuellen Bedürfnisse der Nutzer_innen einzugehen. Mit Hilfe von Algorithmen wird man dazu verleitet, möglichst viel Zeit in den jeweiligen Anwendungen zu verbringen. Die romantische Idee des digitalen Fotoalbums rückt schnell in den Hintergrund und die aktive Fotograf_in wird unbewusst zur passiven Beobachter_in oder passender ausgedrückt: zum Follower. Der deutsche Autor Wolfgang M. Schmitt spricht von einem «vehementen Aufstiegsversprechen», das wir beim Betrachten der Bildwelt auf Instagram vorfinden. Was diese neoliberale Ideologie für die digitale Bildkultur zur Folge hat, verdeutlicht das Projekt «Insta Repeat» von der Filmemacherin und Künstlerin Emma Sheffer exemplarisch. Auf ihrem Account¹ zeigt sie am Beispiel von Freizeitfotografien die unendliche Wiederholung von bewährten Bildkompositionen und Motiven. Die Collagen bestehen aus jeweils zwölf unterschiedlichen Instagram-Posts, die jedoch praktisch identisch aussehen. Durch die visuelle Uniformität werden langfristig ästhetische Regeln geschaffen, die sich durch ein besonders gutes Funktionieren in der Logik der Algorithmen bewährt haben. Diese wiederum stehen in einer Wechselwirkung mit unserer Realität und beeinflussen unsere Repräsentationsbilder im Alltag.

Diese bürgerliche Inszenierung widerspricht der fotorealistischen Idee der politischen Arbeiter_innenfotografie. Die Fotografin Lucia Moholy sprach zu Beginn der Bewegung vom grossen Potenzial, verschiedene Lebensrealitäten zu zeigen, unabhängig davon «ob er in einem Herrenhause wohnt, oder in einer bescheidenen Proletarierhütte». Neben der bereits erwähnten Problematik mit den begrenzten Möglichkeiten von Instagram, ist es wichtig, bei der digitalen Amateurfotografie als politisches Werkzeug die Frage nach dem Klassenbewusstsein zu stellen. Gerade bei der momentanen Bilderflut an hochpolierten und stark inszenierten Scheinrealitäten, wäre der direkte ungeschönte Blick in den Arbeitsalltag eine interessante Gegenperspektive. Zudem kommt bei einer selbstbewussten Inszenierung der proletarischen Realität wieder der wichtige Aspekt der Selbstermächtigung durch den Akt des Fotografierens zur Geltung. Für ein stärkeres Bewusstsein fehlt im Vergleich zum Beginn der Bewegung der Arbeiter_innenfotografie der Diskurs, der damals durch Fachzeitschriften

wie zum Beispiel die «Arbeiter Illustrierte Zeitung» (AIZ) geführt wurde.

Alltagsbilder des Kapitalismus

Bei genauerem Hinschauen existieren bereits heute Ansätze, welche innerhalb der populären digitalen Bildkultur einen direkten Blick auf verschiedene proletarische Alltagsbilder bietet. Ein Beispiel dafür sind Instagram-Seiten wie zum Beispiel «Humans of Capitalism»². Neben vielen Bildern von absurden Konsumgütern sind immer wieder Beiträge zu sehen, welche den Arbeitsalltag und die Lebensumstände von Arbeiter_innen zeigen. Je nach dem aus welchem Blickwinkel die Bilder betrachtet werden, schlummert in ihnen ein politisches Potenzial. Zwar lassen einige Kommentare erahnen, dass solche Seiten mit einer humoristischen Erwartungshaltung gelesen werden, meistens jedoch sind vor allem emphatische Reaktionen zu finden. Beispielsweise sind Arbeiter_innen an einem Förderband zu sehen, deren monotone Arbeit darin besteht, Kartonschachteln parallel zum Band auszurichten oder mit einem einzelnen Gegenstand zu füllen. Oder es sind zwei Arbeiter_innen auf einem Fahrzeug dargestellt, die in einer industriellen Rinderfarm im Fahren Milchflaschen zu den Tieren in den Einzelkäfigen der Produktionsstrasse werfen. Ein weiteres Bild zeigt zwei Essenskurier_innen, welche sich neben einer öffentlichen Statue mit dem Kopf im Lieferrucksack hingelegt haben und sich dort ausruhen. Sobald man die Fotos und Videos als visuelles Zeitdokument der gegenwärtigen Lage des globalen Proletariats liest, entfalten die Bilder ihre progressive Wirkung. Leider fehlen bei allen Darstellungen auf der Seite weiterführende Informationen zur Quelle und zum Kontext. Dadurch verschwindet der Effekt der proletarischen Selbstermächtigung und die Leseart läuft in Gefahr, sich in einen voyeuristischen Aussenblick zu verwandeln.

Auf visueller Ebene sind einige der vorgefundenen Bilder jedoch vielversprechend und könnten als Ausgangspunkt für eine moderne Praxis der politischen Arbeiter_innenfotografie dienen. Zwingend notwendig für eine Weiterentwicklung sind aber ein langfristiges Aufbauen von ästhetischen und medialen Gegenwelten und das Bewusstsein, dass sich die Massen zwar auf Plattformen wie Instagram bewegen, das klassenkämpferische Potenzial jedoch auch stark durch den Rahmen der Applikation begrenzt ist und dieses jederzeit durch Einschränkungen unterdrückt werden kann.

¹ https://www.instagram.com/insta_repeat/

² https://www.instagram.com/humans_of_capitalism/



Beitrag auf «Humans of Capitalism» vom 14.08.2022



Beitrag auf «Humans of Capitalism» vom 30.07.2022



Beitrag auf «Insta Repeat» vom 22.04.2020

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/ Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/ Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agi) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/ Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/ Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/ Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/ Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/ Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/ Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/ Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel/ Paramoia City Buch & wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/ Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/ Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart/ Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/ Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/ Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/ Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/ Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/ Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/ Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.